

# AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

---

Jahrgang 2009

Ausgegeben zu Münster am 12. März 2009

Nr. 09

---

Inhalt	Seite
Ordnung für die Zugangsprüfung zu den vom Fachbereich 13 ( <b>Biologie</b> ) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angebotenen Studiengängen vom 26. Februar 2009	586
Ordnung für die Prüfungen in dem Studiengang <b>Economics and Law</b> mit dem Abschluss Bachelor of Science an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 09.03.2009	591
Ordnung für die Zugangsprüfung zu den Studiengängen <b>Politik und Wirtschaft; Politik und Recht; Economics and Law</b> mit dem Abschluss Bachelor of Arts bzw. Bachelor of Science an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 09.03.2009	650
Ordnung über das Auslaufen des Diplomstudiengangs <b>Erziehungswissenschaft</b> vom 09.03.2009	656
Erste Ordnung zur Änderung der Zugangs- und Zulassungsordnung für den Studiengang <b>Philosophie</b> mit dem Abschluss Master of Arts an der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 09.03.2009	657



**Ordnung  
für die Zugangsprüfung zu den vom Fachbereich 13 (Biologie)  
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster  
angebotenen Studiengängen  
vom 26. Februar 2009**

**§ 1**

**Zweck der Zugangsprüfung**

Durch die Prüfung wird festgestellt, ob die Bewerberin/der Bewerber die fachlichen und methodischen Voraussetzungen zum Studium in dem vom Fachbereich 13 (Biologie) angebotenen Studiengang, der in der Bewerbung genannt ist, erfüllt.

**§ 2**

**Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Zur Prüfung hat Zugang, wer

1. das 22. Lebensjahr vollendet,
2. eine Berufsausbildung abgeschlossen und
3. eine mindestens dreijährige berufliche Tätigkeit ausgeübt hat.

Die selbständige Führung eines Familienhaushalts mit mindestens einer erziehungs- oder pflegebedürftigen Person ist anderen Berufstätigkeiten gleichgestellt.

(2) Eine Berufsausbildung gemäß Absatz 1 wird nachgewiesen durch

1. das Zeugnis der Abschlussprüfung in einem nach dem Berufsbildungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten oder als gleichwertig geregelten Ausbildungsberuf,
2. das Zeugnis der Abschlussprüfung einer entsprechenden Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder
3. das Zeugnis der staatlichen Abschlussprüfung einer schulischen Berufsausbildung, die durch Landesrecht geregelt ist, oder
4. das Zeugnis der staatlichen Abschlussprüfung einer Ausbildung nach den Bundesberufsgesetzen für die nichtärztlichen Heilberufe.

**§ 3**

**Prüfungsausschuss**

(1) Für die Organisation der Zugangsprüfung und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist der Prüfungsausschuss des Studienganges zuständig, der in der Bewerbung genannt ist.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidungen über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Er berichtet regelmäßig dem Fachbereich über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung von Aufgaben auf die Vorsitzende/den Vorsitzenden übertragen. Dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

- (3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfung beizuwohnen.
- (4) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, ihre Stellvertreterinnen/ihre Stellvertreter, die Prüferinnen/Prüfer und die Beisitzerinnen/Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

#### **§ 4**

##### **Bewerbung und Zulassung**

- (1) Die Bewerbung ist unter Angabe des Studiengangs schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. Die Nachweise gemäß § 2 sind beizufügen.
- (2) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Vor der Zulassung zur Prüfung ist grundsätzlich die Teilnahme an einem Beratungsgespräch mit dem für den ausgewählten Studiengang zuständigen Fachvertreter erforderlich.
- (3) Die Zulassung zur Prüfung ist abzulehnen, wenn die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 1 nicht erfüllt sind oder die Nachweise gemäß § 2 Abs. 2 nicht vorgelegt wurden.
- (4) Über die Ablehnung der Zulassung erhält die Bewerberin/der Bewerber einen schriftlichen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

#### **§ 5**

##### **Prüferinnen/Prüfer, Beisitzerinnen/Beisitzer**

Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen/Prüfer und die Beisitzerinnen/Beisitzer. Er kann die Bestellung der/dem Vorsitzenden übertragen. Zur Prüferin/Zum Prüfer dürfen nur Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer, Privatdozentinnen/Privatdozenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter bestellt werden. Zur Beisitzerin/Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer in dem Studiengang, zu dem der Zugang angestrebt wird, eine Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt hat.

#### **§ 6**

##### **Prüfungsleistungen**

- (1) Die Zugangsprüfung besteht aus einer mündlichen Wissensstandprüfung von mindestens 30 und höchstens 60 Minuten in Form eines Kolloquiums mit einer Prüferin/einem Prüfer und einer Beisitzerin/einem Beisitzer, welche die Studierfähigkeit der/des Studierenden im betreffenden Fach feststellen sowie einer Klausur im Umfang von i. d. R. 90 Minuten.
- (2) Geprüft werden fachliche Grundvoraussetzungen im Studienfach wie sie zum Verständnis der Lehrinhalte des 1. Semesters im betreffenden Studiengang notwendig sind. Geprüft werden insbesondere Kenntnisse in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern auf dem Stand einer „Allgemeinen Hochschulreife“ entsprechend den Fachcurricula im Land Nordrhein-Westfalen. Die Prüfung soll auch zeigen, dass bei dem Prüfling angemessene Kenntnisse in der Unterrichtssprache Deutsch sowie der englischen Sprache jeweils in Wort und Schrift vorliegen.

## § 7

### Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung der Noten und Bestehen der Zugangsprüfung

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen/Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung
2	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 können für die Bewertung der Prüfungsleistungen Zwischenwerte gebildet werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) Jede schriftliche Prüfungsleistung ist von zwei Prüferinnen/Prüfern gemäß § 5 zu bewerten. Im Falle divergierender Bewertungen errechnet sich die Note in entsprechender Anwendung von Absatz 5 und Absatz 6.
- (3) Mündliche Prüfungen sind von einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers abzunehmen. Vor der Festsetzung der Note ist die Beisitzerin/der Beisitzer zu hören. Über mündliche Prüfungen ist ein Protokoll zu fertigen, das die wesentlichen Gegenstände der Prüfung und die festgesetzte Note wiedergibt. Es ist von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterschreiben.
- (4) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.
- (5) Die Zugangsprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Prüfungsleistungen bestanden sind. Die Gesamtnote der Zugangsprüfung errechnet sich aus dem Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen.

Die Gesamtnote einer bestandenen Zugangsprüfung lautet:

Bei einem Durchschnitt bis 1,5	- sehr gut
Bei einem Durchschnitt zwischen 1,5 und 2,5	- gut
Bei einem Durchschnitt 2,5 und 3,5	- befriedigend
Bei einem Durchschnitt 3,5 und 4,0 einschl.	- ausreichend.

- (6) Bei der Bildung der Gesamtnote wird die erste Dezimalzahl hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

## **§ 8**

### **Zeugnis**

- (1) Über die bestandene Zugangsprüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt, das die in den einzelnen Prüfungsleistungen erzielten Noten und die Gesamtnote enthält. Das Zeugnis ist von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (2) Ist die Zugangsprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so erteilt die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

## **§ 9**

### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die Kandidatin/der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie/er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorab angegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Versucht die Kandidatin/der Kandidat, das Ergebnis ihrer/seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; die Feststellung wird von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer getroffen und aktenkundig gemacht. Eine Kandidatin/Ein Kandidat, die/der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin/den Kandidaten von der Wiederholung der Zugangsprüfung ausschließen.
- (3) Belastende Entscheidungen sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## **§ 10**

### **Ungültigkeit der Zugangsprüfung**

- (1) Hat die Kandidatin/der Kandidat bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin/der Kandidat getäuscht hat, für nicht bestanden erklären. In diesem Fall ist die gesamte Zugangsprüfung für nicht bestanden zu erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin/der Kandidat die Zulassung

vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

- (3) Der Kandidatin/Dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Das zu Unrecht ausgestellte Zeugnis wird eingezogen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach dem Datum des zu Unrecht ausgestellten Zeugnisses ausgeschlossen.

### **§ 11**

#### **Einsicht in die Prüfungsakten**

Innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Zeugnisses oder dem Bescheid über das Nichtbestehen der Prüfung wird dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine Prüfungsakten gewährt. Das Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen ist zu beachten.

### **§ 12**

#### **Inkrafttreten**

Die vorliegende Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft. Sie findet Anwendung auf Bewerberinnen/Bewerber, die sich ab dem Sommersemester 2008 einer Zugangsprüfung im Fach Biologie unterziehen.

---

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats des Fachbereichs Biologie vom 25.04.2007.

Münster, den 26.02.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

---

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie die Bekanntmachung von Satzungen vom 08. Februar 1991 (AB Uni 91/1), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 26.02.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles



## Ordnung für die Prüfungen

in dem Studiengang Economics and Law  
mit dem Abschluss Bachelor of Science

an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vom 09.03.2009

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31.10.2006 (GV NW S.474) hat die Westfälischen Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

### Inhaltsverzeichnis:

**§ 1 Zugangsvoraussetzungen**

**§ 2 Geltungsbereich der Bachelorprüfungsordnung**

**§ 3 Ziel des Studiums**

**§ 4 Bachelorgrad**

**§ 5 Zuständigkeit**

**§ 6 Zulassung zur Bachelorprüfung**

**§ 7 Regelstudienzeit und Studienumfang**

**§ 8 Studieninhalte**

**§ 9 Prüfungsausschuss**

**§ 10 Strukturierung des Studiums und der Prüfung**

**§ 11 Prüfungsrelevante Leistungen**

**§ 11a Prüfungen im Multiple-Choice-Verfahren**

**§ 12 Bachelorarbeit**

**§ 13 Annahme und Bewertung der Bachelorarbeit**

**§ 14 Prüferinnen/Prüfer, Beisitzerinnen/Beisitzer**

**§ 15 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen**

**§ 15a Nachteilsausgleich für Behinderte und chronisch Kranke**

**§ 16 Bestehen der Bachelor-Prüfung, Wiederholung**

**§ 17 Bewertung der Einzelleistungen, Modulnoten und Ermittlung der Gesamtnote, Bereichsnoten**

**§ 18 Bachelorzeugnis und Bachelorurkunde**

**§ 19 Diploma Supplement**

**§ 20 Einsicht in die Studienakten**

**§ 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

**§ 22 Ungültigkeit von Einzelleistungen**

**§ 23 Aberkennung des Bachelorgrades**

**§ 25 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen**

**Anhang I: Modulbeschreibungen**

**Anhang II: Praktikumsordnung**

**Anhang III: Umrechnungstabelle**



**§ 1****Zugangsvoraussetzungen**

Für Studierende aus Deutschland wird die allgemeine Hochschulreife oder eine entsprechende fachgebundene Hochschulreife vorausgesetzt. Studierende aus dem Ausland müssen einen der allgemeinen Hochschulreife gleichwertigen Abschluss vorweisen.

**§ 2****Geltungsbereich der Bachelorprüfungsordnung**

Diese Bachelorprüfungsordnung gilt für das Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität im Rahmen des Bachelorstudiengangs Economics and Law.

**§ 3****Ziel des Studiums**

Das Bachelor-Studium ist ein grundständiges wissenschaftliches Studium, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt. Der Bachelorabschluss Economics and Law berechtigt jedoch nicht zur Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst. Das Bachelorstudium vermittelt wissenschaftliche Grundlagen und Fachkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften und der Rechtswissenschaft sowie Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Qualifikationen so, dass die Studierenden zu wissenschaftlicher Arbeit, Problemlösung und Diskussion, zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnis und zum verantwortlichen Handeln befähigt werden.

**§ 4****Bachelorgrad**

Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums wird der akademische Grad eines „Bachelor of Science“ (B.Sc.) verliehen.

**§ 5****Zuständigkeit**

(1) Der Studiengang Economics and Law beruht auf einer Kooperation der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität.

(2) Für die Organisation des Bachelorstudiengangs Economics and Law ist die Dekanin/der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zuständig. Für die Organisation ist der Prüfungsausschuss (§9) zuständig.

**§ 6****Zulassung zur Bachelorprüfung**

(1) Die Zulassung zur Bachelorprüfung erfolgt mit der Einschreibung in den Bachelorstudiengang Economics and Law an der Westfälischen Wilhelms-Universität. Sie steht unter dem Vorbehalt, dass die Einschreibung aufrecht erhalten bleibt. Für Hochschulwechsler und Studiengangwechsler erfolgt keine Zulassung mit der Einschreibung, sondern erst nach entsprechender Meldung bei der vom Prüfungsausschuss zu benennenden Stelle und Klärung der positiven und negativen Anrechnungen.

(2) Die Einschreibung ist zu versagen,

1. wenn der Studierenden/die Studierende die Diplom-Vorprüfung, die Bachelorprüfung, die Diplomprüfung, die Masterprüfung, die erste Staatsprüfung bzw. die

erste Prüfung (§ 5 DRiG) oder eine vergleichbare Prüfung in einem wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichen Studiengang (außer Wirtschaftsinformatik) an einer Universität oder einer dieser gleichgestellten Hochschule endgültig nicht bestanden hat, oder

2. wenn der Studierende/die Studierende sich in einem schwebenden Verfahren zu einer der in Nr. 1 genannten Prüfungen an der Westfälischen Wilhelms-Universität oder einer anderen Hochschule befindet.

Entsprechende Feststellungen trifft der Prüfungsausschuss (§ 9).

(3) Die Zulassung zu den laut Modulbeschreibung für das Abschlussjahr vorgesehenen Lehrveranstaltungen setzt den erfolgreichen Abschluss aller für das erste und zweite Semester vorgesehenen Module voraus. Eine Ausnahme gilt insbesondere für Studienplatz- und Studienfachwechsler. Diese haben die Modulprüfungen des ersten und des zweiten Semesters so bald wie möglich, spätestens aber innerhalb von drei Semestern abzulegen, soweit keine entsprechenden Anrechnungen erfolgen.

(4) Soweit darüber hinaus die Zulassung zu bestimmten Lehrveranstaltungen davon abhängig ist, dass die Bewerberin/der Bewerber über bestimmte Kenntnisse, die für das Studium des Faches erforderlich sind, verfügt, ist dies in den dieser Ordnung als Anhang beigefügten Modulbeschreibungen geregelt.

## **§ 7**

### **Regelstudienzeit und Studiumumfang**

(1) Die Regelstudienzeit bis zum Abschluss des Studiums beträgt drei Studienjahre. Ein Studienjahr besteht aus zwei Semestern.

(2) Für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums sind 180 Leistungspunkte zu erwerben. Leistungspunkte sind ein quantitatives Maß für die Gesamtbelastung der/des Studierenden. Sie umfassen sowohl den unmittelbaren Unterricht als auch die Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes (Präsenz – und Selbststudium), den Prüfungsaufwand und die Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und Studienarbeiten sowie gegebenenfalls Praktika. Für den Erwerb eines Leistungspunkts wird ein Arbeitsaufwand von 30 Stunden zugrunde gelegt. Der Arbeitsaufwand für ein Studienjahr beträgt 1800 Stunden. Das Gesamtvolumen des Studiums entspricht einem Arbeitsaufwand von 5400 Stunden. Ein Leistungspunkt entspricht einem Credit-Point nach dem ECTS (European Credit Transfer System).

## **§ 8**

### **Studieninhalte**

(1) Das Bachelorstudium im Studiengang Economics and Law umfasst das Studium von Modulen nach näherer Bestimmung durch die als Anhang beigefügten Modulbeschreibungen.

- 6 Pflichtmodule, von denen 3 aus Wahlveranstaltungen bestehen im Bereich im Bereich Rechtswissenschaft
- 7 Pflichtmodule und 2 bzw. 3 Wahlpflichtmodule im Bereich Wirtschaftswissenschaften
- 7 Pflichtmodule im Bereich Studium Fundamentale

(2) Im Einzelnen müssen die folgenden Module studiert werden:

1. Pflichtbereich Wirtschaftswissenschaften
  - a. Grundlagen betriebswirtschaftlichen Handelns (5 CP)
  - b. Mikroökonomische Grundlagen (5 CP)
  - c. Makroökonomische Grundlagen (5 CP)
  - d. Ausgewählte Felder der Wirtschaftswissenschaft (10 CP)
  - e. Angewandte Wirtschaftswissenschaften (5 CP)
  - f. Wettbewerb und Regulierung (10 CP)
  - g. Makroökonomische Vertiefung (5 CP)
  
2. Wahlpflichtbereich Wirtschaftswissenschaften
  - a. Wahlpflichtmodul Wirtschaftswissenschaften I (10 CP)
  - b. Wahlpflichtmodul Wirtschaftswissenschaften II (5 CP)
 oder:
  - a. Wahlpflichtmodul Wirtschaftswissenschaften I (5 CP)
  - b. Wahlpflichtmodul Wirtschaftswissenschaften II (5 CP)
  - c. Wahlpflichtmodul Wirtschaftswissenschaften III (5 CP)
  
3. Pflichtbereich Rechtswissenschaft
  - a. Basismodul Öffentliches Recht (10 CP)
  - b. Basismodul Zivilrecht (10 CP)
  - c. Aufbaumodul Öffentliches Recht (15 CP)
  
4. Pflichtbereich mit Wahlmöglichkeiten Rechtswissenschaft
  - a. Grundlagen des Rechts nach Wahl (10 CP)
  - b. Vertiefungsmodul I (10 CP)
  - c. Vertiefungsmodul II (5 CP)
  
5. Bereich Studium Fundamentale
  - a. Arbeitstechniken (5 CP)
  - b. Fremdsprachen (10 CP)
  - c. Statistik (10 CP)
  - d. Praktikum (15 CP)
  - e. Methoden wissenschaftlicher Forschung (5 CP)
  - f. Bachelorarbeit (10 CP)
  - g. Integrationsmodul (5 CP)

(3) Von den 180 zu erwerbenden Leistungspunkten entfallen 10 auf die Bachelorarbeit und 15 auf die zu absolvierende praktische Studienzeit (Praktikum). Das Nähere regelt die Praktikumsordnung für den Bachelorstudiengang Economics and Law an der Westfälischen Wilhelms-Universität (Anhang II).

## § 9

### Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bilden die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und die Rechtswissenschaftliche Fakultät einen gemeinsamen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschul-lehrer, einem Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden. Das Mitglied aus der

Gruppe der Studierenden hat kein Stimmrecht. Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer beträgt drei Jahre, die Amtszeit des Mitglieds aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Gruppe der Studierenden ein Jahr.

(2) Die Fachbereichsräte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät benennen jeweils ein Mitglied des Fachbereichs für eine Findungskommission. Diese entwickelt einen Vorschlag zur Bestellung der/des Vorsitzenden, dessen/deren ständige(n) Vertreter(in) und der weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreter. Über diesen Vorschlag wird in beiden Fachbereichsräten abgestimmt. Wiederbestellung ist zulässig. Ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ist durch Nachbestellung für den noch nicht abgelaufenen Teil der Amtszeit zu ersetzen. Für die Nachbestellung findet dasselbe Verfahren Anwendung wie für die Erstbestellung.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet den beteiligten Fachbereichen regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der Bearbeitungszeiten für die Bachelorarbeit sowie über die Verteilung der Modul- und Gesamtnoten. Der Bericht ist in geeigneter Weise offen zu legen. Der Prüfungsausschuss entscheidet über Widersprüche im Rahmen des Prüfungsverfahrens, er gibt Anregungen zur Reform der Studienpläne und der Prüfungsordnung. Er entscheidet in Zweifelsfällen über die Auslegung der Prüfungsordnung und erlässt gegebenenfalls entsprechende Ausführungsbestimmungen und Richtlinien für deren Anwendung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.

(5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich.

(6) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn der/die Vorsitzende oder dessen/deren Stellvertreter(in) und ein weiteres Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anwesend sind. Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der jeweiligen Vorsitzenden bzw. ihrer/seiner Stellvertretung den Ausschlag.

(7) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes und hat seinen Sitz beim Prüfungsamt der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Er kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle dem/der Vorsitzenden übertragen. Dies gilt auch für Entscheidungen über Widersprüche. Der/Die Vorsitzende vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich; an seiner/ihrer Stelle kann sein(e)/ihr(e) Stellvertreter(in) handeln.

## **§ 10 Strukturierung des Studiums und der Prüfung**

(1) Das Studium ist modular aufgebaut. Module sind thematisch, inhaltlich und zeitlich definierte Studieneinheiten, die zu auf das jeweilige Studienziel bezogenen Teilqualifika-

tionen führen, welche in einem Lernziel festgelegt sind. Module können sich aus Veranstaltungen verschiedener Lehr- und Lernformen zusammensetzen. Für ein bestandenes Modul werden 5, 10, 15 oder 20 Leistungspunkte vergeben, für eine bestandene Bachelorarbeit werden 10 Leistungspunkte vergeben. Module setzen sich aus Veranstaltungen in der Regel eines oder mehrerer Semester – auch verschiedener Fächer - zusammen. Nach Maßgabe der Modulbeschreibungen können hinsichtlich der innerhalb eines Moduls zu absolvierenden Veranstaltungen Wahlmöglichkeiten sowie auch Unterschiede in den einzelnen Studienjahren bestehen.

(2) Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend abgelegt. Sie setzt sich aus den prüfungsrelevanten Leistungen im Rahmen der Module sowie der Bachelorarbeit zusammen. Die Verteilung der Leistungspunkte auf die Studienleistungen sowie die Gewichtung der Ergebnisse der prüfungsrelevanten Leistungen zur Ermittlung der Modulnote ergibt sich aus den Modulbeschreibungen im Anhang.

(3) Der erfolgreiche Abschluss eines Moduls setzt nach Maßgabe der Modulbeschreibungen den Erwerb von Leistungspunkten durch Erbringen der dem Modul zugeordneten Studienleistungen und durch Bestehen der dem Modul zugeordneten prüfungsrelevanten Leistungen voraus.

(4) Die Zulassung zu einem Modul kann nach Maßgabe der Modulbeschreibungen von bestimmten Voraussetzungen, insbesondere von der erfolgreichen Teilnahme an einem anderen Modul oder an mehreren anderen Modulen abhängig sein. §6 Abs. 3 bleibt unberührt.

(5) Die Zulassung zu einer Lehrveranstaltung kann nach Maßgabe der Modulbeschreibungen von der vorherigen Teilnahme an einer anderen Lehrveranstaltung desselben Moduls oder dem Bestehen einer prüfungsrelevanten Leistung desselben Moduls abhängig sein.

(6) Die Modulbeschreibungen legen für jedes Modul fest, in welchem zeitlichen Turnus es angeboten wird.

## **§ 11**

### **Prüfungsrelevante Leistungen**

(1) Die Modulbeschreibungen regeln die Anforderungen an die Teilnahme bezüglich der einzelnen Lehrveranstaltungen.

(2) Der Erwerb von Leistungspunkten setzt in der Regel die erfolgreiche Erbringung einer Studienleistung voraus. Dies können insbesondere sein: Klausuren, Referate, Hausarbeiten, Praktika, (praktische) Übungen, Mitarbeit an Projekten, mündliche Leistungsüberprüfungen, Vorträge oder Protokolle. Der/die Prüfer(in) kann ganz oder in Kombination andere gleichwertige kontrollierte Leistungen unter Klausurbedingungen verlangen, die die Möglichkeiten der Datenverarbeitung nutzen. Studienleistungen sollen in der durch die fachlichen Anforderungen gebotenen Sprache (insbesondere Deutsch, Englisch oder Französisch) erbracht werden. Diese wird von der Veranstalterin/dem Veranstalter zu Beginn der Veranstaltung, innerhalb derer die Studienleistung zu erbringen ist, bekannt gemacht. Ist die Studienleistung einem Modul, nicht aber einer bestimmten Veranstaltung zugeordnet, erfolgt die Bekanntmachung der Sprache mit der Terminbekanntmachung. Nicht schriftlich erbrachte Prüfungsleistungen und ihre Bewertung sollen vom

Prüfer so dokumentiert werden, dass sie im eventuellen Widerspruchsfall nachvollziehbar sind.

(3) Die Modulbeschreibungen definieren die innere Struktur der Module und legen für jede Lehrveranstaltung die jeweilige Prüfungsleistung sowie die Anzahl der in ihr zu erreichenden Leistungspunkte fest, die jeweils einem Arbeitsaufwand von 30 Stunden je Punkt entsprechen.

(4) Prüfungsleistungen, die innerhalb eines Moduls erbracht werden, sind Bestandteil der Bachelorprüfung (prüfungsrelevante Leistungen), es sei denn, diese Prüfungsordnung einschließlich der Modulbeschreibungen sieht eine andere Regelung vor. Leistungen, welche innerhalb eines Moduls zu erbringen sind, aber nicht in die Endnote der Bachelorprüfung eingehen (Studienleistungen), sollen die Ausnahme sein und müssen als solche gekennzeichnet werden.

(5) Die Teilnahme an jeder prüfungsrelevanten Leistung und nicht prüfungsrelevanten Leistung (mit Ausnahme der Praktika) setzt die vorherige Anmeldung beim Prüfungsamt der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät voraus. Die Anmeldung muss persönlich oder durch einen Bevollmächtigten erfolgen. Soweit die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, kann die Meldung zu den einzelnen Prüfungsleistungen elektronisch über das Prüfungssystem erfolgen.

(6) Die Fristen für die Anmeldung zu prüfungsrelevanten Leistungen werden durch Aushang bekannt gemacht und sind verbindlich. Näheres regelt der Prüfungsausschuss und gibt dies entsprechend bekannt. Ein Rücktritt von der Anmeldung ist bis zu fünf Wochen vor Vorlesungsende ohne Angabe von Gründen und ohne nachteilige Folgen für die Studierenden möglich. Ausgenommen von dieser Regelung sind Veranstaltungen, in deren Rahmen prüfungsrelevante Leistungen vor Vorlesungsende erbracht werden müssen. In diesen Fällen kann die Möglichkeit der Abmeldung durch den Prüfungsausschuss oder die Dozenten eingeschränkt werden. Eine entsprechende Einschränkung wird durch Aushang bekannt gegeben.

(7) Die näheren Anforderungen an das Praktikumsmodul regelt die Praktikumsordnung im Anhang II dieser Prüfungsordnung.

### **§ 11a**

#### **Prüfungen im Multiple-Choice-Verfahren**

(1) Prüfungsrelevante Leistungen können auch ganz oder teilweise im Multiple-Choice-Verfahren abgeprüft werden. Bei Prüfungen, die vollständig im Multiple-Choice-Verfahren abgelegt werden, sind jeweils allen Prüflingen dieselben Prüfungsaufgaben zu stellen. Die Prüfungsaufgaben müssen auf die für das Modul erforderlichen Kenntnisse abgestellt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. Die Prüfungsaufgaben sind vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie, gemessen an den Anforderungen der für das Modul erforderlichen Kenntnisse, fehlerhaft sind. Ergibt diese Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen. Bei der Bewertung ist von der verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Prüflings auswirken.

Eine Prüfung, die vollständig im Multiple-Choice-Verfahren abgelegt wird, ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 60 Prozent der gestellten Prüfungsaufgaben zutreffend beantwortet hat oder wenn die Zahl der vom Prüfling zutreffend beantworteten Fragen um nicht mehr als 10 % die durchschnittliche Prüfungsleistung aller an der betreffenden Prüfung teilnehmenden Prüflinge unterschreitet.

(2) Hat der Prüfling die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl zutreffend beantworteter Prüfungsfragen erreicht, so lautet die Note

„sehr gut“, wenn er mindestens 75 Prozent,

„gut“, wenn er mindestens 50, aber weniger als 75 Prozent,

„befriedigend“, wenn er mindestens 25, aber weniger als 50 Prozent,

„ausreichend“, wenn er keine oder weniger als 25 Prozent der darüber hinaus gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet hat.

(3) Für prüfungsrelevante Leistungen, die nur teilweise im Multiple-Choice-Verfahren durchgeführt werden, gelten die oben aufgeführten Bedingungen analog. Die Gesamtnote wird aus dem gewogenen arithmetischen Mittel des im Multiple-Choice Verfahren absolvierten Prüfungsteils und des normal bewerteten Anteils gebildet, wobei Gewichtungsfaktoren die jeweiligen Anteile an der Gesamtleistung in Prozent sind.

## **§ 12**

### **Bachelorarbeit**

(1) Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass die/der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(2) Die Bachelorarbeit wird von einer/einem gemäß § 14 bestellten Prüferin/Prüfer betreut, die Bewertung der Bachelorarbeit erfolgt nach § 13 Absatz 2. Die Bachelorarbeit soll in einem thematischen Zusammenhang mit einem Modul aus dem Wahlpflichtbereich des Faches Wirtschaftswissenschaften oder mit einem Vertiefungsmodul (R 6 oder R 7) des Faches Rechtswissenschaft stehen. Für die Wahl des Prüfers sowie für die Themenstellung der Bachelorarbeit hat die Kandidatin/der Kandidat ein Vorschlagsrecht. Lehnt der vorgeschlagene Prüfer die Betreuung ab, wird dem Kandidat/der Kandidatin vom Prüfungsausschuss auf Antrag ein Themensteller zugewiesen. Möchte der Kandidat/die Kandidatin seine/ihre Bachelorarbeit im Fach Rechtswissenschaft ablegen, so entfällt das Vorschlagsrecht.

(3) Die Ausgabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt auf Antrag der/des Studierenden im Auftrag des Prüfungsausschusses durch den Prüfer. Sie setzt voraus, dass die/der Studierende 120 Leistungspunkte aus prüfungsrelevanten Studienleistungen erreicht hat. Der Zeitpunkt der Themenausgabe ist beim Prüfungsausschuss aktenkundig zu machen.

(4) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb einer Woche nach Beginn der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Falle einer Wiederholung der Bachelorarbeit ist die Rückgabe nur zulässig, wenn die/der Studierende bei der Aus-

fertigung der ersten Bachelorarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(5) Die Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit beträgt sechs Wochen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Arbeit sind so zu begrenzen, dass die Bearbeitungsfrist eingehalten werden kann. Ausnahmsweise kann der Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag und mit Zustimmung des Themenstellers/der Themenstellerin im Einzelfall die Bearbeitungszeit um bis zu 3 Wochen verlängern. Auf Antrag der Kandidatin/des Kandidaten kann aus schwerwiegenden Gründen die Bearbeitungszeit der Bachelorarbeit um bis zu zwei Wochen verlängert werden. Schwerwiegende Gründe in diesem Sinne können insbesondere akute Erkrankungen oder die Notwendigkeit der Betreuung eigener Kinder bis zu einem Alter von zwölf Jahren sein, ferner die Notwendigkeit der Pflege oder Versorgung des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder einer/eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist. Über das Vorliegen des schwerwiegenden Grundes sind Nachweise vorzulegen, im Falle einer akuten Erkrankung ein amtsärztliches Attest. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

(6) Mit Genehmigung des Themenstellers kann die Bachelorarbeit in einer anderen Sprache als Deutsch abgefasst werden. Die Bachelorarbeit muss ein Titelblatt, eine Inhaltsübersicht und ein Quellen- und Literaturverzeichnis enthalten. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, müssen in jedem Fall unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht werden. Die Kandidatin/der Kandidat fügt der Arbeit eine schriftliche Versicherung hinzu, dass sie/er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat; die Versicherung ist auch für Tabellen, Skizzen, Zeichnungen, bildliche Darstellungen usw. abzugeben.

### **§ 13**

#### **Annahme und Bewertung der Bachelorarbeit**

(1) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß beim Prüfer/bei der Prüferin in zweifacher Ausfertigung (maschinenschriftlich, gebunden und paginiert) und in elektronischer Form einzureichen. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Die Bachelorarbeit ist nur dann fristgerecht eingereicht, wenn sowohl die schriftlichen Exemplare als auch die elektronische Form rechtzeitig vor Fristablauf vorgelegt werden. Wird die Bachelorarbeit nicht fristgemäß vorgelegt, gilt die Prüfungsleistung gemäß § 21 Abs. 1 als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Die Bachelorarbeit wird von zwei Prüferinnen/Prüfern bewertet. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen durch Beschluss des Prüfungsausschusses abgewichen werden; die Gründe sind aktenkundig zu machen. Eine Abweichung nach Satz 2 ist nicht möglich, wenn die Bachelorarbeit für den betreffenden Studierenden/die betreffende Studierende die letzte Prüfungsleistung im Studiengang oder die Wiederholung einer nicht bestandenen Bachelorarbeit darstellt. Im Falle des Satz 1 errechnet sich die Note als arithmetisches Mittel der beiden Bewertungen. Die Bewertung ist entsprechend § 17 Abs. 1 bzw. Abs. 2 vorzunehmen und schriftlich zu begründen.

(3) Das Bewertungsverfahren für die Bachelorarbeit darf drei Monate nicht überschreiten.



## **§ 14**

### **Prüferinnen/Prüfer, Beisitzerinnen/Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt für die prüfungsrelevanten Leistungen und die Bachelorarbeit die Prüferinnen/Prüfer sowie, soweit es um mündliche Prüfungen geht, die Beisitzerinnen/Beisitzer.

(2) Prüferin/Prüfer kann jede gemäß § 65 HG prüfungsberechtigte Person sein, die, soweit nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fach, auf das sich die prüfungsrelevante Leistung beziehungsweise die Bachelorarbeit bezieht, regelmäßig einschlägige Lehrveranstaltungen abhält. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Zur Beisitzerin/zum Beisitzer kann nur bestellt werden, wer eine einschlägige Bachelorprüfung oder eine gleich - oder höherwertige Prüfung abgelegt hat.

(4) Die Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(5) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer protokollierenden Beisitzerin/eines protokollierenden Beisitzers abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hat die Prüferin/der Prüfer die Beisitzerin/den Beisitzer zu hören. Schriftliche prüfungsrelevante Leistungen werden von einer Prüferin/einem Prüfer bewertet. Eine Vorkorrektur durch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter oder Korrekturassistentinnen/Korrekturassistenten, welche die erste Staatsprüfung bzw. die erste Prüfung (§5 DRiG) bestanden haben, ist zulässig.

(6) Prüfungsrelevante Leistungen, bei deren Nichtbestehen das Studium endgültig nicht bestanden ist und für die keine Ausgleichsmöglichkeit durch Setzen von Freiversuchen gemäß §16 Abs. 2 mehr besteht, sind von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Die Note errechnet sich in diesem Fall als arithmetisches Mittel der beiden Bewertungen. § 17 Abs. 2 Satz 5 und 6 gelten entsprechend.

(7) Das Ergebnis einer prüfungsrelevanten Leistung ist der/dem Studierenden zum Semesterende bekanntzugeben. Wenn die Prüfungsleistung erst in den letzten zwei Monaten des Semesters erbracht wurde, ist das Ergebnis spätestens mit Ablauf der ersten beiden Monaten des darauffolgenden Semesters bekanntzugeben. Die Bekanntgabe der Note erfolgt durch Aushang einer Liste im Prüfungsamt der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Liste bezeichnet die Studierenden, die an der jeweiligen prüfungsrelevanten Leistung teilgenommen haben, durch Angabe der Matrikelnummer.

(8) Für die Bewertung der Bachelorarbeit gilt § 13.

## **§ 15**

### **Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Studien- und Prüfungsleistungen sowie Fehlversuche in demselben Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet. Sprachprüfungen werden unabhängig davon, wo sie erbracht wurden, grundsätzlich anerkannt, wenn sie den in den entsprechenden Modulen vorgesehenen Standards entsprechen. In Zweifelsfällen holt der Prüfungsausschuss entsprechende Expertise ein.

(2) Gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen an der Westfälischen Wilhelms-Universität oder anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet. In diesem Fall werden auch Fehlversuche in gleichwertigen Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht wurden, angerechnet. Gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet. In diesem Fall werden auch Fehlversuche in gleichwertigen Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, angerechnet. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studien- und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des studierten Studiengangs im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Für die Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Für die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in staatlich anerkannten Fernstudien, in vom Land Nordrhein-Westfalen mit den anderen Ländern oder dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in einem weiterbildenden Studium gemäß § 62 HG erbracht worden sind, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Leistungen, die mit einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung am Oberstufenkolleg Bielefeld in einschlägigen Wahlfächern erbracht worden sind, werden als Studienleistungen angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit nachgewiesen wird.

(5) Werden Leistungen auf prüfungsrelevante Leistungen angerechnet, so werden die dafür vorgesehenen Punkte ohne Note gutgeschrieben. Eine Berücksichtigung der Benotung in der Gesamtnote der Bachelorprüfung erfolgt nicht. Die oder der Studierende hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Studienleistungen und prüfungsrelevante Leistungen können höchstens bis zu einem Anteil von 120 Leistungspunkten angerechnet werden.

(6) Die Einstufung in ein höheres Fachsemester aufgrund der Anrechnung von bereits erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen kann nur erfolgen, wenn diese mindestens Leistungen in zwei der drei Studienanteile (Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft, Studium Fundamentale) entsprechen.

(7) Zuständig für die Anrechnungen ist der Prüfungsausschuss. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit sind die zuständigen Fachvertreterinnen/Fachvertreter zu hören.

(8) Die Entscheidung über die Anrechnung ergeht innerhalb von 3 Monaten nach Antragstellung und Einreichung aller notwendigen Unterlagen.

### **§ 15a**

#### **Nachteilsausgleich für Behinderte und chronisch Kranke**

(1) Macht eine Studierende/ein Studierender glaubhaft, dass sie bzw. er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Prüfungsfristen abzulegen, muss der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. die Fristen für das Ablegen von Prüfungen verlängern oder gleichwertige Prüfungen in einer bedarfsgerechten Form gestatten. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

(2) Bei Entscheidungen nach Absatz 1 ist auf Wunsch der/des Studierenden die/der Behindertenbeauftragte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu beteiligen. Sollte in einem Fachbereich keine Konsultierung der/des Behindertenbeauftragten möglich sein, so ist die/der Behindertenbeauftragte der Universität anzusprechen.

(3) Zur Glaubhaftmachung einer chronischen Krankheit oder Behinderung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden. Hierzu zählen insbesondere ärztliche Atteste oder, falls vorhanden, Behindertenausweise.

### **§ 16**

#### **Bestehen der Bachelorprüfung, Wiederholung**

(1) Die Bachelorprüfung hat bestanden, wer nach Maßgabe von § 8 Abs. 2, § 10 sowie der Modulbeschreibungen alle Module sowie die Bachelorarbeit mindestens mit der Note ausreichend (§ 17 Abs. 1 bzw. Abs. 3) bestanden hat. Zugleich müssen 180 Leistungspunkte erworben worden sein. Hat ein Studierender/eine Studierende bereits 180 Leistungspunkte erworben, jedoch nicht in der gemäß der Modulbeschreibungen notwendige Zusammensetzung der Module, so kann der/die Studierenden sich nur noch zu solchen prüfungsrelevanten Leistungen anmelden, die zum Bestehen der Bachelorprüfung notwendig sind.

(2) Für das Bestehen jeder prüfungsrelevanten Leistung eines Moduls stehen den Studierenden zwei Versuche zur Verfügung. Insgesamt stehen den Studierenden darüber hinaus Freiversuche im Umfang von 20 Leistungspunkten zur Verfügung, die wahlweise für die – auch mehrmalige - Wiederholung nichtbestandener prüfungsrelevanter Leistungen oder für die einmalige Wiederholung bereits bestandener prüfungsrelevanter Leistungen zwecks Notenverbesserung eingesetzt werden können. Ist eine prüfungsrelevante Leistung eines Moduls nach Ausschöpfung der für sie zur Verfügung stehenden Anzahl von Versuchen nicht bestanden, ist das Modul insgesamt endgültig nicht bestanden.

(3) Die Freiversuche gemäß Absatz 2 muss der Kandidat/die Kandidatin innerhalb von zwei Wochen ab der Ergebnismitteilung gemäß § 14 Abs. 7 setzen. Bei Geltendmachung eines Freiversuchs für eine nicht bestandene prüfungsrelevante Leistung gilt diese als nicht unternommen. Bei Geltendmachung eines Freiversuchs für eine bestandene prüfungsrelevante Leistung kann der Kandidat/die Kandidatin die betreffende Prüfungsleistung im unmittelbar folgenden Wiederholungstermin ein zweites Mal erbringen, mit der Folge, dass die bessere der Noten gewertet wird. Die zweite Erbringung gilt nicht als eigener Versuch und das Setzen eines weiteren Freiversuchs auf diese Prüfung ist ausgeschlossen.

(4) Sind in einem Wahlpflichtmodul bereits eine oder mehrere prüfungsrelevante Leistungen erbracht und jeweils mit mindestens ausreichend bewertet worden und wechselt die Kandidatin/der Kandidat zu einem anderen Wahlpflichtmodul, so gelten diese Prüfungen als nicht unternommen. Hat die Kandidatin/der Kandidat in dem bisherigen Wahlpflichtmodul Fehlversuche unternommen, so werden diese in Höhe der betreffenden Leistungspunkte auf die Freiversuche der Kandidatin/des Kandidaten angerechnet. Stehen dafür nicht mehr genügend Leistungspunkte als Freiversuche zur Verfügung, ist ein Wechsel des Wahlpflichtmoduls nicht möglich.

(5) Die Bachelorarbeit kann im Fall des Nichtbestehens einmal wiederholt werden. Dabei ist ein neues Thema zu stellen. Eine zweite Wiederholung ist nur unter Einsatz entsprechender Leistungspunkte der Freiversuchsregelung möglich. Eine Rückgabe des Themas der Bachelorarbeit in den in § 12 Abs. 4 Satz 1 genannten Fristen ist jedoch nur möglich, wenn die Kandidatin/der Kandidat bei ihrer/seiner ersten Bachelorarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(6) Ist ein Pflichtmodul oder die Bachelorarbeit in der Wiederholung und nach Ausschöpfen aller Freiversuchsmöglichkeiten endgültig nicht bestanden oder hat die/der Studierende ein Wahlpflichtmodul endgültig nicht bestanden und keine Möglichkeit mehr, an seiner Stelle ein anderes Modul erfolgreich zu absolvieren, ist die Bachelorprüfung insgesamt endgültig nicht bestanden.

(7) Hat eine Studierende/ein Studierender das Bachelorstudium endgültig nicht bestanden, wird ihr/ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Leistungen und ggfs. die Noten sowie die zum erfolgreichen Abschluss des Bachelorstudiums noch fehlenden Leistungen enthält und erkennen lässt, dass das Bachelorstudium endgültig nicht bestanden ist. Die Bescheinigung wird von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben.

## § 17

### **Bewertung der Einzelleistungen, Modulnoten und Ermittlung der Gesamtnote, Bereichsnoten**

(1) Alle prüfungsrelevanten Leistungen und die Bachelorarbeit sind zu bewerten. Sofern für prüfungsrelevante Leistungen eines Moduls im Fach Wirtschaftswissenschaften und im Studium Fundamentale eine Bewertung vorgesehen ist, sind dafür folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	= eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 können zur differenzierten Bewertung Zwischenwerte gebildet werden. Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei

ausgeschlossen. Für nicht prüfungsrelevante Studienleistungen können die Modulbeschreibungen eine Benotung vorsehen.

(2) Für jedes Modul wird aus den Noten der ihm zugeordneten prüfungsrelevanten Leistungen eine Note gebildet. Die Einzelheiten regelt die jeweilige Modulbeschreibung. Ist in einem Modul nur eine prüfungsrelevante Leistung enthalten, so bildet die Note dieser Leistungen diese Modulnote. Sind in einem Modul mit Wahlmöglichkeiten mehr prüfungsrelevante Leistungen erfolgreich absolviert worden, als gemäß der Modulbeschreibung erforderlich, so gehen nur die Leistungen mit der besten Note in die Modulnote ein, wobei aber nur Veranstaltungen mit der gleichen Anzahl von Leistungspunkten gegeneinander ausgetauscht werden können. Bei der Bildung der Modulnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen. Die Modulnote lautet bei einem Wert

bis einschließlich 1,5	= sehr gut;
von 1,6 bis 2,5	= gut;
von 2,6 bis 3,5	= befriedigend;
von 3,6 bis 4,0	= ausreichend;
über 4,0	= nicht ausreichend.

(3) Sofern für prüfungsrelevante Leistungen eines Moduls im Fach Rechtswissenschaft eine Bewertung vorgesehen ist, sind dafür folgende Noten zu verwenden:

sehr gut	= 16-18 Punkte für eine besonders hervorragende Leistung,
gut	= 13-15 Punkte für eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
vollbefriedigend	= 10-12 Punkte für eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
befriedigend	= 7-9 Punkte für eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
ausreichend	= 4-6 Punkte für eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht,
mangelhaft	= 1-3 Punkte für eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung,
ungenügend	= 0 Punkte eine völlig unbrauchbare Leistung.

Zwischennoten und von vollen Zahlenwerten abweichende Punktzahlen dürfen nicht verwendet werden. Die Noten der einzelnen Teilleistungen werden jeweils gemäß der Umrechnungstabelle in Anhang III umgerechnet.

(4) Aus den Noten (einschließlich erster Dezimalstelle) der Module und der Bachelorarbeit wird eine Gesamtnote gebildet. Die Noten gehen mit dem Gewicht ihrer Leistungspunkte in die Gesamtnote ein. Sind in einem Wahlpflichtbereich mehr Module erfolg-

reich absolviert worden, als gemäß § 8 Abs. 1 erforderlich ist, so gehen nur die Module mit der besten Note in die Gesamtnote ein. Das Praktikumsmodul bleibt für die Bildung der Gesamtnote unberücksichtigt. Dezimalstellen außer der ersten werden ohne Rundung gestrichen. Die Gesamtnote lautet bei einem Wert

bis einschließlich 1,5	= sehr gut;
von 1,6 bis 2,5	= gut;
von 2,6 bis 3,5	= befriedigend;
von 3,6 bis 4,0	= ausreichend;
über 4,0	= nicht ausreichend.

(5) Zusätzlich zur Gesamtnote gemäß Absatz 4 wird anhand des erreichten Zahlenwerts eine Note nach Maßgabe der ECTS-Bewertungsskala festgesetzt. Dabei erhalten die Noten

A	die besten 10 %
B	die nächsten 25 %
C	die nächsten 30 %
D	die nächsten 25 %
E	die nächsten 10 %

der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen eines Jahrgangs.

Als Grundlage für die Berechnung dieser Note sind je nach Größe des Abschlussjahrgangs außer dem Abschlussjahrgang zwei vorhergehende Jahrgänge als Kohorte zu erfassen.

(6) Zusätzlich zu den oben genannten Noten werden die Noten der drei Bereiche Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Studium Fundamentale berechnet. In die Note gehen die Module des jeweiligen Bereichs mit dem Gewicht ihrer Leistungspunkte ein. Dezimalstellen außer der ersten werden ohne Rundung gestrichen. Die Bereichsnote lautet bei einem Wert

bis einschließlich 1,5	= sehr gut;
von 1,6 bis 2,5	= gut;
von 2,6 bis 3,5	= befriedigend;
von 3,6 bis 4,0	= ausreichend;
über 4,0	= nicht ausreichend.

(7) Die Bereichsnote für das Fach Rechtswissenschaft wird zudem ausgewiesen als mit den jeweiligen Leistungspunkten gewichtetes Mittel der Noten des Fachs Rechtswissenschaft gemäß § 17 Absatz 3. Dabei entsprechen den ermittelten Punkten folgende Notenbezeichnungen:

sehr gut	= 14,00 – 18,00 Punkte
gut	= 11,50 – 13,99 Punkte
vollbefriedigend	= 9,00 – 11,49 Punkte

befriedigend	= 6,50 – 8,99 Punkte
ausreichend	= 4,00 – 6,49 Punkte
mangelhaft	= 1,50 – 3,99 Punkte
ungenügend	= 0 – 1,49 Punkte.

## **§ 18**

### **Bachelorzeugnis und Bachelorurkunde**

(1) Hat die/der Studierende das Bachelorstudium erfolgreich abgeschlossen, erhält sie/er über die Ergebnisse ein Zeugnis. In das Zeugnis wird aufgenommen:

- a) die Note der Bachelorarbeit
- b) das Thema der Bachelorarbeit
- c) die drei Bereichsnoten Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Studium Fundamentale, die Bereichsnote Rechtswissenschaft zusätzlich in der Form von § 17 Abs. 7.
- d) die Gesamtnote der Bachelorprüfung gemäß § 17 Abs. 4 und Abs. 5,
- e) die bis zum erfolgreichen Abschluss des Bachelorstudiums benötigte Fachstudiendauer.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte prüfungsrelevante Leistung erbracht worden ist.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der/dem Studierenden eine Bachelorurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades gemäß § 4 beurkundet.

(4) Auf Antrag des Kandidaten gibt das Prüfungsamt eine englischsprachige Fassung des Zeugnisses und der Urkunde aus.

(5) Das Bachelorzeugnis und die Bachelorurkunde werden von dem Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und von dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die Bachelorurkunde zusätzlich vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel des Prüfungsausschusses versehen.

## **§ 19**

### **Diploma Supplement**

(1) Mit dem Zeugnis über den Abschluss des Bachelorstudiums wird der Absolventin/dem Absolventen ein Diploma Supplement mit Transcript ausgehändigt. Das Diploma Supplement informiert über den individuellen Studienverlauf, besuchte Lehrveranstaltungen und Module, die während des Studiums erbrachten Leistungen und deren Bewertungen und über das individuelle fachliche Profil des absolvierten Studiengangs.

(2) Das Diploma Supplement wird nach Maßgabe der von der Hochschulrektorenkonferenz insoweit herausgegebenen Empfehlungen erstellt.

## § 20

### Einsicht in die Studienakten

Der/dem Studierenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder prüfungsrelevanten Leistung Einsicht in ihre bzw. seine Arbeiten, die Gutachten der Prüferinnen/Prüfer und in die entsprechenden Protokolle gewährt. Für solche Leistungen, für die kein allgemeiner Einsichtnametermin vorgesehen ist, ist der Antrag spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses der prüfungsrelevanten Leistung beim Prüfungsausschuss zu stellen. Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. Gleiches gilt für die Bachelorarbeit.

## § 21

### Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine prüfungsrelevante Leistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die/der Studierende ohne triftige Gründe nicht zu dem festgesetzten Termin zu ihr erscheint oder wenn sie/er nach ihrem Beginn ohne triftige Gründe von ihr zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche prüfungsrelevante Leistung oder die Bachelorarbeit nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird. Als wichtiger Grund kommen insbesondere krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit und die Inanspruchnahme von Schutzzeiten nach den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes und von Fristen des Bundeserziehungsgeldgesetzes über die Elternzeit oder die Pflege oder Versorgung des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin/des eingetragenen Lebenspartners oder einer/eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese/dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist, in Betracht.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis nach Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der/des Studierenden ist dem Prüfungsausschuss ein ärztliches (ggf. amtsärztliches) Attest vorzulegen. Der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann die Vorlage eines Attestes eines vom Prüfungsausschuss benannten Arztes verlangen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe nicht an, wird der/dem Studierenden dies schriftlich mitgeteilt. Für alle Fälle, in welchen der Prüfungsausschuss die Gründe anerkennt, wird dies den Studierenden im allgemeinen Notenaushang mitgeteilt.

(3) Versuchen Studierende, das Ergebnis einer prüfungsrelevanten Leistung oder der Bachelorarbeit durch Täuschung, zum Beispiel Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen, gilt die betreffende Leistung als nicht erbracht und als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wer die Abnahme einer prüfungsrelevanten Leistung stört, kann von den jeweiligen Lehrenden oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Erbringung der Einzelleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende prüfungsrelevante Leistung als nicht erbracht und mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierende/den Studierenden von der Bachelorprüfung insgesamt ausschließen. Die Bachelorprüfung ist in diesem Fall endgültig nicht bestanden. Die Gründe für den Abschluss sind aktenkundig zu machen.

(4) Belastende Entscheidungen sind den Betroffenen vom Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Vor einer Entscheidung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.



## **§ 22**

### **Ungültigkeit von Einzelleistungen**

(1) Hat die/der Studierende bei einer prüfungsrelevanten Leistung oder der Bachelorarbeit getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich das Ergebnis und ggf. die Noten für diejenigen prüfungsrelevanten Leistungen bzw. die Bachelorarbeit, bei deren Erbringen die/der Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und diese Leistungen ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer prüfungsrelevanten Leistung bzw. der Bachelorarbeit nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Bestehen der prüfungsrelevanten Leistung bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen geheilt. Hat die/der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einem Modul nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Bestehen des Moduls bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen geheilt. Hat die/der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(4) Waren die Voraussetzungen für die Einschreibung in die gewählten Studiengänge und damit für die Zulassung zur Bachelorprüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird dieser Mangel erst nach der Aushändigung des Bachelorzeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Bachelorprüfung geheilt. Hat die/der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen hinsichtlich des Bestehens der Prüfung.

(5) Der/dem Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(6) Das unrichtige Zeugnis wird eingezogen, ggf. wird ein neues Zeugnis erteilt. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

## **§ 23**

### **Aberkennung des Bachelorgrades**

Die Aberkennung des Bachelorgrades kann erfolgen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. § 22 gilt entsprechend. Zuständig für die Entscheidung ist der Prüfungsausschuss.

## **§ 24**

### **Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen**

(1) Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

(2) Diese Ordnung gilt für alle Studierenden, die ihr Studium ab dem Wintersemester 2005/2006 aufgenommen haben.

Sollte sich bei der Anwendung dieser Ordnung herausstellen, dass sie im Vergleich zu den bisher angewendeten Entwürfen der Ordnung nachteilige Regelungen für Studierende enthält, welche ihr Studium vor dem Wintersemester 2008/2009 aufgenommen haben, erfolgt auf Antrag der/des Studierenden eine Einzelfallprüfung durch den Prüfungsausschuss und die Anwendung der für die/den Studierenden günstigeren Regelung.

---

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse der Fachbereichsräte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 22.10.2008 und 28.10.2008.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

---

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie die Bekanntmachung von Satzungen vom 08. Februar 1991 (AB Uni 91/1), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

## Anhang I

### Modulbeschreibungen Bachelorstudiengang „Economics and Law“

W 1 Grundle. Bwl. Handelns	R 1 Basismodul Öffentliches Recht	SF 1 Arbeitstechniken
W 2 Mikroökon. Grundlagen	R 2 Grundlagen des Rechts nach Wahl	SF 2 Fremdsprache
W 3 Makroökon. Grundlagen	R 3 Basismodul Zivilrecht	SF 3 Statistik
W 4 Felder der WiWi	R 4 Aufbaumodul Öffentliches Recht	SF 4 Praktikum
W 5 Angewandte WiWi	R 5 entfällt	SF 5 Empirische Methoden
W 6 Wettbewerb und Regulierung	R 6 Vertiefungsmodul 1	SF 6 Bachelorarbeit
W 7 Makroökonomische Vertiefung	R 7 Vertiefungsmodul 2	SF 7 Integrationsmodul
W 8 WP-Modul I		
W 9 WP-Modul II		
W 10 WP-Modul III		

Die Dozentin/der Dozent gibt zu Beginn des Semesters bekannt, welche der in der Modulbeschreibung genannten prüfungsrelevanten Leistungen in dem jeweiligen Semester zu erbringen sind. Ist mehr als eine prüfungsrelevante Leistung zu erbringen, so gibt die Dozentin/der Dozent auch bekannt, mit welcher Gewichtung die Noten der einzelnen prüfungsrelevanten Leistungen in die Veranstaltungsnote eingehen.

Die Dozentin/ der Dozent gibt zu Beginn des Semesters bekannt, welche Anforderungen an die Teilnahme an der jeweiligen Veranstaltung erhoben werden.

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
I – W1 Grundlagen betriebswirtschaftlichen Handelns	Dieses Modul bietet einen ersten Überblick über die wichtigsten funktionalen Betriebswirtschaftslehren wie Produktion, Marketing, Organisation, Finanzierung und Controlling sowie über Grundlagen und Begriffe des betrieblichen Rechnungswesens. Die in diesem Modul vermittelten Grundkenntnisse sind fundamentaler Bestandteil zum Verstehen betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge und bilden die Basis für weitere Lehrmodule. Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Einzelnoten der beiden Klausuren.	1./2.		150	5	Jährlich
Betriebliches Rechnungswesen	Grundlagen und -begriffe des Rechnungswesens, z.B. Überblick über die Finanzbuchhaltung; Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung und Liquiditätsrechnung (Finanzplanung)	1.	Teilnahme, Klausur (60 min)	60	2	
Einführung in die BWL	Aus (institutionen)ökonomischer Perspektive wird eine Einführung in die Betriebswirtschaftslehre gegeben, ihre Gegenstände, Methoden und die wichtigsten betrieblichen Funktionen.	2.	Teilnahme, Klausur (60 min)	90	3	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>II – W2 Mikroökonomische Grundlagen</b>	Die Grundzüge der mikroökonomischen Theorie stehen im Mittelpunkt dieses Moduls. Behandelt werden u.a. die theoretischen und methodischen Grundlagen von Güterangebot und Güternachfrage, Modelle der Marktcoordination sowie die Theorie des Marktversagens. Weitere Themen sind die Wettbewerbstheorie und die Wettbewerbspolitik. Dieses wirtschaftswissenschaftliche Basismodul spielt eine fundamentale Rolle für das Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und ist damit eine unerlässliche Grundlage für weiterführende Lehrmodule. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Proseminarklausur.	1./2.		150	5	Jährlich
Mikroökonomie Vorlesung	Die Vorlesung behandelt umfassend die Grundzüge der mikroökonomischen Theorie, der Wettbewerbstheorie und der Wettbewerbspolitik.	1.	Teilnahme	30	1	
Mikroökonomie Proseminar	Vertiefung und Ergänzung der Vorlesung Mikroökonomie anhand ausgewählter Aufgaben und Fragestellungen.	2.	Teilnahme, Klausur (90 min)	120	4	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>III – W3 Makroökonomische Grundlagen</b>	Dieses Modul behandelt die Grundbegriffe und Methoden der gesamtwirtschaftlichen Theorie wie beispielsweise die Bestimmungsgründe des Volkseinkommens und der Beschäftigung oder die Grundzüge der Stabilitätspolitik. Dieses Modul baut unmittelbar auf den in den Basismodulen vermittelten allgemein-theoretischen Kenntnissen auf und vertieft diese anhand ausgewählter Fragen und Problemstellungen der Volkswirtschaft. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Proseminarklausur.	2./3.		150	5	Jährlich
Makroökonomie Vorlesung	In dieser Veranstaltung werden Grundzüge der gesamtwirtschaftlichen Theorie behandelt (Bestimmungsgründe des Volkseinkommens und der Beschäftigung, Instabilitäten und Grundzüge der Stabilitätspolitik).	2.	Teilnahme	30	1	
Makroökonomie Proseminar	In dieser Veranstaltung werden die in der Veranstaltung „Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge (Makroökonomie)“ behandelten Inhalte vertieft und erweitert.	3.	Teilnahme, Klausur (90 min)	120	4	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>IV – W4 Ausgewählte Felder der Wirtschaftswissenschaft</b>	In den Vorlesungen dieses Moduls wird das Handeln wirtschaftspolitischer und einzelwirtschaftlicher Akteure unter besonderer Berücksichtigung der Einbindung in die Europäische Union analysiert. In der Vorlesung Europäische Wirtschaftspolitik wird der durch die Integration in die EU vorgegebene institutionelle Rahmen wirtschaftlichen Handelns detailliert untersucht. In der Vorlesung Public Choice Theorie wird die positive Theorie wirtschaftspolitischen Handelns analysiert. Schließlich behandelt eine Vorlesung zur BWL spiegelbildlich zur Public Choice Theorie das einzelwirtschaftliche Handeln innerhalb des vorgegebenen institutionellen Rahmens. Dieses Modul vertieft die allgemein-theoretischen Basiskenntnisse wirtschaftswissenschaftlicher Zusammenhänge anhand konkreter Politikfelder und Themen. Das Modul bietet eine vertiefende Einsicht in bedeutende wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen und eignet sich sowohl zur Berufsqualifikation als auch als Vorbereitung eines vertiefenden Masterstudiums. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Modulabschlussklausur.	3.		300	10	
Europäische Wirtschaftspolitik	In dieser Veranstaltung werden zunächst die wirtschaftstheoretischen Grundlagen der vier Grundfreiheiten im Rahmen der EU-Integration behandelt. Daran anschließend werden einige ausgewählte Politikbereiche der Europäischen Union kritisch beleuchtet. Schließlich werden die institutionellen Grundlagen der Europäischen Union auf ihrem aktuellen Stand und mit Blick auf künftigen Reformbedarf diskutiert.	3.	Teilnahme	120	4	
Public Choice Theorie	In dieser Veranstaltung wird die positive Theorie wirtschaftspolitischen Handelns analysiert.	3.	Teilnahme	90	3	
Vorlesung zur BWL aus dem Lehrangebot des IÖB	In dieser Veranstaltung wird schließlich spiegelbildlich zur Public Choice Theorie das einzelwirtschaftliche Handeln innerhalb des vorgegebenen institutionellen Rahmens behandelt.	3.	Teilnahme	90	3	
Modulabschlussklausur			Modulabschlussklausur (240 min)			

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
V – W5 Angewandte Wirtschaftswissenschaften (für Studierende, die vor WS 07/08 das Studium begonnen haben)	Dieses Modul vertieft anwendungsbezogen wirtschaftstheoretische, wirtschaftspolitische und betriebswirtschaftliche Fragestellungen der Pflichtveranstaltungen. Es werden bspw. Grundbegriffe, Messkonzepte sowie Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, Grundlagen und Instrumente der Wettbewerbspolitik, ökonomische Begründungen und Grundlagen der Verbraucherpolitik, Reformbedürftigkeit der europäischen Institutionen oder ausgewählte Bereiche der Betriebswirtschaftslehre intensiv thematisiert. Im Rahmen dieses Moduls werden die allgemeinen theoretischen Basiskennnisse wirtschaftswissenschaftlicher Zusammenhänge anhand praxisrelevanter Politikfelder vertieft. Die Möglichkeit der Auswahl von Seminaren bietet den Studierenden die Chance, ihr Studienprofil weiter zu schärfen. Das Modul bietet eine vertiefende Einsicht in bedeutende wirtschaftspolitische und betriebswirtschaftliche Fragestellungen und eignet sich sowohl zur Berufsqualifikation als auch als Vorbereitung eines vertiefenden Masterstudiums. Die Modulnote ergibt sich aus der Note des Seminars.	3./4.		150	5	
Ein VWL- oder BWL-Seminar aus dem Angebot des IÖB	z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsmarkt und Beschäftigung</li> <li>• Wettbewerb und Verbraucherpolitik</li> <li>• Spezielle Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik</li> </ul>	3.	Teilnahme, Referat u. Hausarbeit	120	4	Für die Teilnahme am Seminar sollten die Module W2 und W3 absolviert worden sein
Eine weitere Lehrveranstaltung aus dem Lehrangebot des IÖB		4.	Teilnahme	30	1	



Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
V – W5 Angewandte Wirtschaftswissenschaften (für Studierende, die ab WS 07/08 das Studium begonnen haben)	Dieses Modul vertieft anwendungsbezogen wirtschaftstheoretische, wirtschaftspolitische und betriebswirtschaftliche Fragestellungen der Pflichtveranstaltungen. Es werden bspw. Grundbegriffe, Messkonzepte sowie Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, Grundlagen und Instrumente der Wettbewerbspolitik, ökonomische Begründungen und Grundlagen der Verbraucherpolitik, Reformbedürftigkeit der europäischen Institutionen oder ausgewählte Bereiche der Betriebswirtschaftslehre intensiv thematisiert. Im Rahmen dieses Moduls werden die allgemeinen theoretischen Basiskennnisse wirtschaftswissenschaftlicher Zusammenhänge anhand praxisrelevanter Politikfelder vertieft. Die Möglichkeit der Auswahl von Seminaren bietet den Studierenden die Chance, ihr Studienprofil weiter zu schärfen. Das Modul bietet eine vertiefende Einsicht in bedeutende wirtschaftspolitische und betriebswirtschaftliche Fragestellungen und eignet sich sowohl zur Berufsqualifikation als auch als Vorbereitung eines vertiefenden Masterstudiums. Die Modulnote ergibt sich aus der Note des Seminars.	3.		150	5	
Ein VWL- oder BWL-Seminar aus dem Angebot des IOB	z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsmarkt und Beschäftigung</li> <li>• Wettbewerb und Verbraucherpolitik</li> <li>• Spezielle Problem der Wirtschafts- und Finanzpolitik</li> </ul>	3.	Teilnahme, Referat u. Hausarbeit	150	5	Für die Teilnahme am Seminar sollten die Module W2 und W3 absolviert worden sein

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>VI – W6 Wettbewerb und Regulierung</b>	In diesem Modul werden die Grundzüge, Bereiche und Instrumente der Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft behandelt. Schwerpunkte sind die Legitimation und Ziele wirtschaftspolitischen Handelns (Normative Theorie), die Verfahren kollektiver Willensbildung und die Analyse des Verhaltens wirtschaftspolitischer Akteure (Positive Theorie). Zusätzlich werden die Ursachen für Marktversagen und die Korrekturmöglichkeiten durch staatliche Regulierung analysiert. Den Abschluss des Moduls bildet der zentrale Bereich marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik: die Wettbewerbspolitik mit ihren theoretischen Grundlagen und ihren Instrumenten auf nationaler und internationaler Ebene. Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Noten der Klausur zu Grundlagen der Regulierung und der Klausur zu Wettbewerbspolitik.	4./5.		300	10	Jährlich
Grundlagen der Wirtschaftspolitik	Die Vorlesung „Grundlagen der Wirtschaftspolitik“ setzt sich zum einen das Ziel, verwirklichte Wirtschaftspolitik zu erklären. Sie will darstellen, wie Entscheidungen zustande kommen und umgesetzt werden. Zum anderen will sie darüber aufklären, welche Maßnahmen wünschenswert und zielführend sind und wie sie durchgeführt werden sollen, um so die Effizienz praktischer Wirtschaftspolitik zu erhöhen. Zu diesem Zweck sind die Ziele, die Akteure und die Instrumente der Wirtschaftspolitik einer genaueren Analyse zu unterziehen.	5.	Teilnahme	90	-	
Grundlagen der Regulierung	In der Vorlesung „Grundlagen der Regulierung“ wird die staatliche Korrektur von Marktversagen durch regulative Maßnahmen behandelt. Die grundlegenden Konzepte werden vorgestellt und bewertet.	5.	Teilnahme, Klausur (90 min), die sowohl die Inhalte der Vorlesungen „Grundlagen der Wirtschaftspolitik“ als auch die „Grundlagen der Regulierung“ umfasst	90	6	
Wettbewerbspolitik	In der Vorlesung Wettbewerbspolitik werden wettbewerbstheoretische und wettbewerbspolitische Konzeptionen vorgestellt. Neben Wettbewerbsbeschränkungen und Wettbewerbspolitik werden auch wettbewerbsliche Ausnahmebereiche und Perspektiven der Wettbewerbspolitik in den Fokus genommen.	4.	Teilnahme, Klausur (60 min)	120	4	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeitstunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
VII – W7 Makroökonomische Vertiefung	<p>In der Makroökonomischen Vertiefung werden die für eine Volkswirtschaft wichtigen Zusammenhänge auf den Güter-, Geld-, Kapital- und Devisenmärkten analysiert, die insbesondere aus den internationalen Beziehungen und Transaktionen sowie den Aktivitäten im Rahmen von Geldpolitik und Außenwirtschaftspolitik resultieren. In theoretischen und empirischen Analysen werden die institutionellen Bedingungen auf den Märkten aufgezeigt, Vorgänge und Entwicklungen auf den nationalen und außenwirtschaftlich relevanten Märkten untersucht sowie die Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftspolitischer Eingriffe in diese Märkte verdeutlicht. Im Detail werden z.B. die Rahmenbedingungen und Maßnahmen der Politik der Europäischen Zentralbank, die Vorteile des internationalen Handels, die Chancen und Risiken der Globalisierung, die Wirkungen protektionistischer Außenwirtschaftspolitik, die Entstehung und weltweite Konsequenz von Währungs- und Finanzkrisen sowie die Ausgestaltung ökonomischer Integrationsräume (z.B. EU) behandelt. Ziel ist es, den Studierenden einen vertieften Einblick in die Funktionen auf den Geld und Währungsmärkten sowie den sonstigen außenwirtschaftlich relevanten Märkten zu geben und sie zu befähigen, einerseits Zustände, Entwicklungen und wirtschaftspolitische Eingriffe auf diesen Märkten zu beurteilen und andererseits eigenständig Problemlösungen zu erarbeiten. Der Stoff des Moduls wird in zwei Vorlesungen vermittelt, die jeweils durch Fallstudien zu gesamtwirtschaftlichen Phänomenen sowie zur wirtschaftspolitischen Praxis ergänzt werden. Im Internet wird begleitend die Möglichkeit geboten, den Stoff der Vorlesung anhand von Proseminaren und Fallstudien aufzuarbeiten und zu vertiefen. Die im Modul Makroökonomische Vertiefung vermittelten Kenntnisse sind eine unverzichtbare Grundlage für das Durchdringen der für Geld-, Währungs- und Außenwirtschaftspolitik wichtigen nationalen und internationalen Zusammenhänge. Damit werden Fähigkeiten für viele volks- und auch betriebswirtschaftliche Tätigkeitsfelder erworben, z.B. in Europäischer Zentralbank, Welthandelsorganisation sowie außenwirtschaftspolitischen Abteilungen von Ministerien, Forschungsinstituten und internati-</p>	5./6.		150	5	Jährlich Voraussetzung zum Verständnis dieses Moduls ist der vorherige Besuch des Moduls W3

	onal operierenden Unternehmungen. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Modulabschlussklausur.					
Geld und Währung	Die Veranstaltung beschäftigt sich mit den für eine Volkswirtschaft wichtigen Zusammenhängen auf den Geld-, Kapital- und Devisenmärkten, die insbesondere aus den Aktivitäten im Rahmen von Geldpolitik resultieren. In theoretischen und empirischen Analysen werden die institutionellen Bedingungen auf diesen Märkten aufgezeigt. Ziel ist es, den Studierenden einen vertieften Einblick in die Funktionen auf den Geld- und Währungsmärkten zu gewähren.	5.	Teilnahme	75	2,5	
Außenwirtschaft	Die Veranstaltung vermittelt den Studierenden Kenntnisse zu den Themen Zahlungsbilanzen, Globalisierung, internationaler Handel, Außenwirtschaftspolitik, regionale ökonomische Integration, Devisenmärkte und Wechselkurse, Wahrungsordnungen, Außenwirtschaft und Beschäftigung.	6.	Teilnahme	75	2,5	
Modulabschlussklausur			Modulabschlussklausur (120 min)			

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP
VIII – W8 IX – W9 X – W10 Wahlpflichtmodule Wirtschaftswissenschaften	Im Rahmen der Wahlpflichtmodule des Bereichs Wirtschaftswissenschaften sollen die bisherigen Inhalte des Studiums speziell vertieft werden. Dabei können die Studierenden die der Vertiefung dienenden Module aus den unten angeführten Wahlpflichtmodulen 1 bis 8 frei wählen. Ausgewählt werden müssen <u>entweder ein Modul a 10 ECTS und 1 Modul a 5 ECTS</u> <u>oder drei verschiedene Module a 5 ECTS.</u>		
Wahlpflichtmodul 1 A	Ausgewählte Felder der Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und/oder Betriebswirtschaftslehre (für Studierende, die das Studium <u>vor</u> WS 07/08 begonnen haben)	300	10
Wahlpflichtmodul 1 B	Ausgewählte Felder der Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und/oder Betriebswirtschaftslehre (für Studierende, die das Studium <u>ab</u> WS 07/08 begonnen haben)	150	5
Wahlpflichtmodul 2	Betriebswirtschaftslehre	150	5
Wahlpflichtmodul 3	Konjunktur und Beschäftigung	150	5
Wahlpflichtmodul 4	Staatseinnahmen und Staatsausgaben	300	10
Wahlpflichtmodul 5 A	Umweltökonomik (für Studierende, die das Studium <u>vor</u> WS 07/08 begonnen haben)	150	5
Wahlpflichtmodul 5 B	Umweltökonomik (für Studierende, die das Studium <u>ab</u> WS 07/08 begonnen haben)	150	5
Wahlpflichtmodul 6	Mikroökonomische Vertiefung	150	5
Wahlpflichtmodul 7	Arbeit und Soziales	150	5
Wahlpflichtmodul 8	Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler	150	5

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 1 A – Ausgewählte Felder der Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und / oder Betriebswirtschaftslehre (für Studierende, die vor WS 07/08 das Studium begonnen haben)</b>	Dieses Modul vertieft anwendungsbezogen die wirtschaftstheoretischen, wirtschaftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen der Pflichtveranstaltungen. Es werden bspw. Grundbegriffe, Messkonzepte sowie Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, Grundlagen und Instrumente der Wettbewerbspolitik, ökonomische Begründungen und Grundlagen der Verbraucherpolitik, Reformbedürftigkeit der europäischen Institutionen oder ausgewählte Bereiche der Betriebswirtschaftslehre in Form von Seminaren intensiv thematisiert. Die Modulnote ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Noten der beiden Seminare.	4./5.		300	10	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vorausgesetzt.
Seminar aus dem Lehrangebot des IÖB	z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitsmarkt und Beschäftigung</li> <li>Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik</li> <li>Europäische Integration</li> <li>Seminar zur BWL</li> </ul>		Teilnahme, Hausarbeit und Referat	150	5	
Seminar aus dem Lehrangebot des IÖB	z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitsmarkt und Beschäftigung</li> <li>Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik</li> <li>Europäische Integration</li> <li>Seminar zur BWL</li> </ul>		Teilnahme, Hausarbeit und Referat	150	5	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 1 B – Ausgewählte Felder der Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und / oder Betriebswirtschaftslehre (für Studierende, die ab WS 07/08 das Studium begonnen haben)</b>	<p>Dieses Modul vertieft anwendungsbezogen die wirtschaftstheoretischen, wirtschaftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen der Pflichtveranstaltungen. Es werden bspw. Grundbegriffe, Messkonzepte sowie Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, Grundlagen und Instrumente der Wettbewerbspolitik, ökonomische Begründungen und Grundlagen der Verbraucherpolitik, Reformbedürftigkeit der europäischen Institutionen oder ausgewählte Bereiche der Betriebswirtschaftslehre in Form von Seminaren intensiv thematisiert.</p> <p>Die Modulnote ergibt sich aus der Note des Seminars.</p>	4./5.		150	5	<p>Jedes Semester.</p> <p>Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vorausgesetzt.</p>
Seminar aus dem Lehrangebot des IÖB	<p>z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsmarkt und Beschäftigung</li> <li>• Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik</li> <li>• Europäische Integration</li> <li>• Seminar zur BWL</li> </ul>		Teilnahme, Hausarbeit und Referat	150	5	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 2 – Betriebswirtschaftslehre</b>	Es sind zwei Vorlesungen zur Betriebswirtschaftslehre aus dem Lehrangebot des Instituts für Ökonomische Bildung zu belegen. Es handelt sich um interaktive Vorlesungen mit Diskussion, auch im Internet, zu verschiedenen betrieblichen Funktionen und Problemen der Betriebswirtschaftslehre, insbesondere aus dem Managementbereich. Dabei werden auch die Besonderheiten von Existenzgründungen, Non-Profit-Organisationen und öffentlichen Betrieben behandelt. Die Modulnote ergibt sich aus dem gewichteten arithmetischen Mittel der Noten der Vorlesungen.	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vorausgesetzt.
Vorlesung zur Betriebswirtschaftslehre aus dem Lehrangebot des IÖB			Teilnahme, Klausur	75	2,5	
Vorlesung zur Betriebswirtschaftslehre aus dem Lehrangebot des IÖB			Teilnahme, Klausur	75	2,5	



Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 3 – Konjunktur und Beschäftigung</b>	<p>Lehrinhalt sind Konjunkturtheorie, Beschäftigungstheorie, angewandte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konjunktur-, Beschäftigungs- und Geldpolitik sowie Arbeitsmarkttheorien und Arbeitsmarktpolitik. Aufbauend auf der Vorlesung „Konjunktur und Beschäftigung“ werden auch Proseminare und ggf. Projekte zu dieser Thematik angeboten, die sich z.B. mit den Jahregutachten des Sachverständigenrates oder dem Erstellen von Konjunkturprognosen beschäftigen.</p> <p>Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Klausur zur Vorlesung „Konjunktur und Beschäftigung“.</p>	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vorgelegt.
Vorlesung Konjunktur und Beschäftigung			Teilnahme, Klausur und/oder mündliche Prüfung	75	2,5	
Projektseminar Konjunktur und Beschäftigung			Teilnahme, Referat, Hausarbeit oder schriftlicher Beitrag im Rahmen der (Mit-)Arbeit an einem Projekt	75	2,5	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele / Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 4 – Staatseinnahmen und Staatsausgaben</b>	Inhalte: Das Modul beinhaltet die Bereitstellung der theoretischen Grundlagen zur Beschreibung und ökonomischen Analyse der Staatseinnahmen und -ausgaben sowie die Anwendung der analytischen Grundlagen auf das deutsche Steuersystem und die öffentlichen Budgets einschließlich des Finanzausgleichs sowie von Fragen der Staatsverschuldung, Regulierung, Deregulierung und Privatisierung. Die Lehrziele sind: (1) Die relevanten Methoden der Mikro- und Makroökonomik zur Analyse von Staatseinnahmen und -ausgaben zu erlernen. (2) Die Struktur des deutschen Steuersystems und elementare steuerrechtliche Regelungen sowie die öffentlichen Haushalte und den Finanzausgleich zu verstehen. (3) Die Fähigkeit, die relevanten Konzepte der Mikro- und Makroökonomik sowie der Ökonomischen Theorie der Politik zur Analyse von Fragen der Staatseinnahmen, -ausgaben und des Finanzausgleichs sowie von Regulierung, Deregulierung und Privatisierung anwenden zu können. Lehrformen sind Vorlesung, Proseminare mit Übungsaufgaben und das Selbststudium (sowohl anhand von Übungsaufgaben als auch von Fachliteratur). Die Modulnote ergibt sich aus den mit den ECTS-Punkten gewichteten Noten der Klausuren „Allgemeine Steuerlehre“, „Spezielle Steuerlehre“ und „Grundlagen der staatswirtschaftlichen Allokation“.	4./5.		300	10	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vordisponiert.
Allgemeine Steuerlehre (Theorie der Besteuerung)			Teilnahme, Klausur	120	4	
Spezielle Steuerlehre (Ökonomische Analyse von Steuern)			Teilnahme, Klausur	90	3	
Proseminar zur Allgemeinen Steuerlehre			Teilnahme	0	---	
Grundlagen der staatswirtschaftlichen Allokation			Teilnahme, Klausur	90	3	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 5 A – Umweltökonomik (für Studierende, die vor WS 07/08 das Studium begonnen haben)</b>	<p>Dieses Modul hat die Grundlagen der Umweltökonomik und die Analyse und Lösung ausgewählter nationaler und globaler Umweltprobleme zum Gegenstand. Grundlage bildet dabei die ökonomische Theorie des Marktversagens. Die Veranstaltungen thematisieren u.a. Fragen der Bewertung von Umweltschäden, Probleme umweltpolitischer Zielsetzung und bieten eine Analyse umweltpolitischer Instrumente.</p> <p>Die Note des Moduls ergibt sich aus dem mit ECTS-Punkten gewichteten Mittel der Noten der Klausuren.</p>	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 2 werden vorangesetzt. Die Vorlesung „Grundlagen der Umweltökonomik“ ist Grundlage für die Vorlesung „Umweltpolitik“.
Grundlagen der Umweltökonomik			Teilnahme, Klausur	90	3	
Umweltpolitik			Teilnahme, Klausur	60	2	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 5 B– Umweltökonomik (für Studierende, die ab WS 07/08 das Studium begonnen haben)</b>	Dieses Modul hat die Grundlagen der Umweltökonomik und die Analyse und Lösung ausgewählter nationaler und globaler Umweltprobleme zum Gegenstand. Grundlage bildet dabei die ökonomische Theorie des Marktversagens. Die Veranstaltungen thematisieren u.a. Fragen der Bewertung von Umweltschäden, Probleme umweltpolitischer Zielsetzung und bieten eine Analyse umweltpolitischer Instrumente.  Die Note des Moduls ergibt sich aus der Note der Modulabschlussklausur.	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 2 werden von den Vorlesungen ausgesetzt. Die Vorlesung „Grundlagen der Umweltökonomik“ ist Grundlage für die Vorlesung „Umweltpolitik“.
Grundlagen der Umweltökonomik			Teilnahme	90	3	
Umweltpolitik			Teilnahme	60	2	
Modulabschlussklausur			Modulabschlussklausur (90 min)			

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 6 – Mikroökonomische Vertiefung</b>	In diesem Modul geht es um die grundlegenden Fragestellungen und Ansätze der Institutionenökonomik (Theorie der Verfügungsrechte, Transaktionskostentheorie und Prinzipal-Agent-Theorie), die anschließend auf Strategien, Strukturen und Prozesse im Unternehmen angewendet werden. Analysiert werden sowohl theoretische als auch empirische Aspekte. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Modulabschlussklausur.	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vorausgesetzt.
Institutionenökonomik			Teilnahme	75	2,5	
Theorie der Unternehmung			Teilnahme	75	2,5	
Modulabschlussklausur			Modulabschlussklausur (120 min)			

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Se-mester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 7 – Arbeit und Soziales</b>	Inhalte: Ökonomische Analyse der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland. Dazu werden sowohl v. a. mikroökonomisch ausgerichtete Analysemethoden als auch institutionelle Kenntnisse sowie die Anwendung der Methoden auf die Institutionen vermittelt. Lehrziele: (1) Kennnisse der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Institutionen. (2) Erlernen der ökonomischen Analysemethoden, insbesondere Arbeitsmarktökonomik und Ökonomik der sozialen Sicherung. (3) Fähigkeit der selbständigen ökonomischen Analyse der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Modulnote ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Noten aus den Vorlesungen „Arbeitsmarktökonomik“ und „Sozialpolitik“.	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Die Inhalte der Pflichtmodule 1 bis 3 werden vorausgesetzt.
Arbeitsmarktökonomik			Teilnahme, Klausur	75	2,5	
Sozialpolitik			Teilnahme, Klausur	75	2,5	
Proseminar zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik			Teilnahme	---	0	

Modul / untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Semester	Leistungsnachweise	Work-load (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Voraussetzungen
<b>Wahlpflichtmodul 8 – Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler</b>	Mit dem Modul „Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler“ werden Studierenden in unmittelbarem Anschluss an die Schulmathematik Grundkenntnisse der höheren Mathematik vermittelt. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Modellierung und methodischen Behandlung linearer und nichtlinearer Input-Output-Zusammenhänge mit Mitteln der Analysis und linearen Algebra. Betriebs- und volkswirtschaftliche Kennzahlen auf Basis von Ableitungen gehören ebenso hierzu wie Verflechtungs- und Wanderungsmodelle mittels Matrizen. Besonderes Augenmerk wird auf die grundlegende Lagrange-Methode zur nichtlinearen Optimierung gelegt. Die Vorlesung wird begleitet durch einen Anfang des Semesters stattfindenden Überbrückungskurs, in dem im Stile einer Vorlesung noch einmal die wesentlichen Inhalte der Schulmathematik wiederholt werden. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Klausur zur Vorlesung „Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler“.	4./5.		150	5	In der Regel jährlich. Grundlegende mathematische Kenntnisse (Schulmathematik)
Vorlesung Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler			Teilnahme, Klausur	150	5	
Proseminar Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler			Teilnahme,	---	0	
Überbrückungskurs Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler			Teilnahme	---	0	

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XI - R1 Basismodul Öffentliches Recht</b>	<p>Einführung in die Grundlagen des Staatsrechts: Allgemeines Verfassungsrecht; Staatsorganisationsrecht, insb. Staatsstrukturprinzipien, Staatsorgane, Kompetenzverteilung; Funktionen, Systematik und Inhalte der Grundrechtsgewährleistungen; verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz; Vermittlung der Methoden juristischer Fallbearbeitung; Einführung in das Europarecht.</p> <p>In den vorlesungsbegleitenden Arbeitsgemeinschaften wird neben der Wiederholung der erwähnten Vorlesungsinhalte die Methode der juristischen Fallbearbeitung vermittelt und geübt. Der Besuch der Arbeitsgemeinschaften wird zur Vorbereitung auf die Semesterabschlussklausuren mit Nachdruck empfohlen.</p> <p>Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Noten der einzelnen Veranstaltungen.</p>	1./2.		300	10	
Öffentliches Recht I + AG	Staatsorganisationsrecht und Grundrechte I und Methodik der Fallbearbeitung	1.	Teilnahme, Klausur (60 min)	120	4	
Öffentliches Recht II + AG	Grundrechte II; Einführung in das Europarecht; Methodik der Fallbearbeitung	2.	Teilnahme, Klausur (120 min)	180	6	



Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XII – R2 Grundlagen des Rechts nach Wahl</b>	<p>Tieferes Verständnis der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen und der Rechtswissenschaft ermöglicht einen Gesamtüberblick über die Funktionen des Rechts in der Gesellschaft. Dadurch wird auch ein umfassender Argumentationsansatz für die spätere berufliche Tätigkeit erreicht. Ferner werden juristische Arbeitstechniken vermittelt.</p> <p>Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Noten der einzelnen Veranstaltungen.</p> <p><i>Hinweis zu der öffentlichrechtlichen und der zivilrechtlichen Veranstaltung nach Wahl: Bei der Belegung dieser Veranstaltungen ist zu beachten, dass einige Vertiefungsveranstaltungen des 5. und 6. Semesters auf den Grundlagen dieser Wahlveranstaltungen aufbauen.</i></p> <p><i>Beispiel im Studiengang „Economics and Law“: Gesellschaftsrecht I als Grundlage für Gesellschaftsrecht II.</i></p> <p><i>Bei der Schwerpunktlegung auf öffentliches Recht empfiehlt sich der Besuch der Veranstaltung „Verwaltungsprozessrecht“.</i></p>	1./3./4.		300	10	
Grundlagenfach (nach Wahl)	Rechtsphilosophie, Deutsche Rechtsgeschichte, Römische Rechtsgeschichte, Verfassungsgeschichte und unregelmäßig: Rechtstheorie, Methodenlehre	1.	Teilnahme, Klausur (90 - 120 min)	60	2	
Öffentlichrechtliche oder zivilrechtliche Veranstaltung (nach Wahl)	Öffentlichrechtliche Veranstaltungen bspw. bei Belegung im 3. Semester (WS): Polizei- und Ordnungsrecht oder Kommunalrecht; bei Belegung im 4. Semester (SS): Baurecht oder Verwaltungsprozessrecht Zivilrechtliche Veranstaltungen bspw. bei Belegung im 3. Semester (WS): Besonderes Vertragsrecht, Sachenrecht, Gesellschaftsrecht I, Arbeitsrecht, Handelsrecht; bei Belegung im 4. Semester (SS): Besonderes Vertragsrecht, Sachenrecht, Erbrecht, Kreditsicherungsrecht.	3./4.	Teilnahme, Klausur (90 – 120 min)	120	4	Je nach Veranstaltung (siehe Lehrinhalte)
Öffentlichrechtliche oder zivilrechtliche Veranstaltung (nach Wahl)	s. o.	3./4	Teilnahme, Klausur (90 – 120 min)	120	4	Je nach Veranstaltung (siehe Lehrinhalte)

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XIII – R3 Basismodul Zivilrecht</b>	<p>Zivilrecht I: Einführung in die Grundlagen des Privatrechts: Vertragschluss; Anfechtung; Stellvertretung; Minderjährigenrecht; Schuldrecht Allgemeiner Teil: Schuldner- und Gläubigerverzug, Unmöglichkeit, Schuldrecht Besonderer Teil in Grundzügen (insbesondere Kaufrecht). Vermittlung der Methoden juristischer Fallbearbeitung</p> <p>In den vorlesungsbegleitenden Arbeitsgemeinschaften wird neben der Wiederholung der erwähnten Vorlesungsinhalte die Methode der juristischen Fallbearbeitung vermittelt und geübt. Der Besuch der Arbeitsgemeinschaften wird zur Vorbereitung auf die Semesterabschlussklausuren mit Nachdruck empfohlen.</p> <p>Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Noten der einzelnen Veranstaltungen.</p>	1./2.		300	10	
Privatrecht I + AG	Grundlagen des Privatrechts; BGB AT und Methodik der Fallbearbeitung	1.	Teilnahme, Klausur (60 min)	120	4	
Privatrecht II + AG	Schuldrecht AT und Einführung in das Kaufrecht; Methodik der Fallbearbeitung.	2.	Teilnahme, Klausur (90 min)	180	6	

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XIV – R4 Aufbaumodul Öffentliches Recht</b>	Einführung in die Grundlagen des Verwaltungsrechts: Rechtsquellen, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Verwaltungsakt, andere Handlungsformen der Verwaltung, Verwaltungsverfahrenrecht, Verwaltungsorganisation, Staatshaftung. Europäische Integration: Rechtsquellen, Organe, Funktionen, Verhältnis zum nationalen Recht, Grundfreiheiten. Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Noten der einzelnen Veranstaltungen.	3./4.		450	15	
Allgemeines Verwaltungsrecht inklusive Arbeitsgemeinschaft	Einführung in die Grundlagen des Verwaltungsrechts: Rechtsquellen, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Verwaltungsakt, andere Handlungsformen der Verwaltung, Verwaltungsverfahrenrecht, Verwaltungsorganisation, Staatshaftung.	3.	Teilnahme, Klausur (90 - 120 min)	300	10	
Europarecht I	Vertiefung des Europarechts: Die europäische Integration; Rechtsquellen, Organe, Funktionen, Verhältnis zum nationalen Recht, Grundfreiheiten.	4.	Teilnahme, Klausur (30 - 120 min)	150	5	

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XV – R5 Aufbaumodul Zivilrecht</b>	Entfällt <i>Hinweis: Die Veranstaltung „Gesetzliche Schuldverhältnisse“ steht nun in Modul R6 als Vertiefungsveranstaltung zur Wahl.</i>	5.	-	-	-	-

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XVI – R6 Vertiefungsmodul 1</b>	<p>Vertiefte Kenntnisse in einem Spezialgebiet des Rechts nach Wahl im Rahmen der nachstehend genannten Schwerpunktbereiche. Die Spezialisierung wird ergänzt durch eine entsprechend integrierte Modulgestaltung im Fach Wirtschaftswissenschaften. Veranstaltungen aus einem der folgenden Schwerpunktbereiche: Verwaltungspolitik und Besonderes Verwaltungsrecht; Medienpolitik und Recht; Europa- und Völkerrecht.</p> <p>Die Wahlmöglichkeit ist auf die unten vorgegebenen Veranstaltungen begrenzt und richtet sich nach dem jeweiligen Semesterangebot.</p> <p>Drei Klausuren sind zu schreiben. Die beiden besseren Klausuren finden Eingang in die Modulnote (Gewichtung: jeweils 5 CP). Die dritte Klausur muss mindestens mit einem Punkt gem. der Notengebung Juristenausbildungsgesetz NRW bewertbar sein.</p>	5.		300	10	halbjährlich
Vorlesung aus dem Schwerpunktbereich nach Wahl	<p>Eine Veranstaltung nach Wahl aus: Gesetzliche Schuldverhältnisse, Kartellrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Gewerblicher Rechtsschutz (Erprobung bis WS 2009/2010), Finanzwissenschaftliche Grundlagen des Steuerrechts, Gesellschaftsrecht II; Buchführung und Bilanzierung, Europäisches Gesellschaftsrecht, Konzern- und Umwandlungsrecht, Internationales öffentliches Wirtschaftsrecht, Wettbewerbsrecht, Europäisches Privatrecht, Internationales und Europäisches Steuerrecht, Einkommensteuerrecht, Historische und Ökonomische Grundlagen des Steuerrechts, Europäisches Zollrecht</p>	5.	Teilnahme, Klausur (90 - 120 min)	100	5	s.o.
Vorlesung aus dem Schwerpunktbereich nach Wahl	<p>Eine Veranstaltung nach Wahl aus: s.o.</p>	5.	Teilnahme, Klausur (90 – 120 min)	100	5	s.o.
Vorlesung aus dem Schwerpunktbereich nach Wahl	<p>Eine Veranstaltung nach Wahl aus: s.o.</p>	5.	Teilnahme, Klausur (90 – 120 min)	100	5	s.o.

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XVII – R7 Vertiefungsmodul 2</b>	<p>Vertiefte Kenntnisse in einem Spezialgebiet des Rechts nach Wahl im Rahmen der nachstehend genannten Schwerpunktbereiche. Die Spezialisierung wird ergänzt durch eine entsprechend integrierte Modulgestaltung im Fach Wirtschaftswissenschaften. Veranstaltungen aus einem der folgenden Schwerpunktbereiche:            Verwaltungspolitik und Besonderes Verwaltungsrecht; Medienpolitik und Recht; Europa- und Völkerrecht.</p> <p>Die Wahlmöglichkeit ist auf die unten vorgegebenen Veranstaltungen begrenzt und richtet sich nach dem jeweiligen Semesterangebot.</p> <p>Zwei Klausuren sind zu schreiben. Die bessere Klausur findet Eingang in die Modulnote (Gewichtung: 5 CP). Die zweite Klausur muss mindestens mit einem Punkt gem. der Notengebung Juristenausbildungsgesetz NRW bewertbar sein.</p>	6.		150	5	Halbjährlich
Vorlesung aus dem Schwerpunktbereich nach Wahl	<p>Eine Veranstaltung nach Wahl aus:            Gesetzliche Schuldverhältnisse, Kartellrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Gewerblicher Rechtsschutz (Erprobung bis WS 2009/2010), Finanzwissenschaftliche Grundlagen des Steuerrechts, Gesellschaftsrecht II; Buchführung und Bilanzierung, Europäisches Gesellschaftsrecht, Konzern- und Umwandlungsrecht, Internationales öffentliches Wirtschaftsrecht, Wettbewerbsrecht, Europäisches Privatrecht, Internationales und Europäisches Steuerrecht, Einkommensteuerrecht, Historische und Ökonomische Grundlagen des Steuerrechts, Europäisches Zollrecht</p>	6.	Teilnahme, Klausur (90 – 120 min)	75	5	s.o.
Vorlesung aus dem Schwerpunktbereich nach Wahl	<p>Eine Veranstaltung nach Wahl aus:            s.o.</p>	6.	Teilnahme, Klausur (90 - 120 min)	75	5	s.o.

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XVIII – SF1 Arbeitstechniken</b>	Aneignung von Fähigkeiten und Techniken wissenschaftlichen Arbeitens, insbesondere bezüglich der Informationsbeschaffung und -quellen, der Materialansammlung und Ordnung, der Planung und Gliederung einer wissenschaftlichen Untersuchung, der Techniken des Textabfassens (speziell Zitiertechniken) und der Erstellung der Apparate (Literatur- und Quellenverzeichnisse). Des Weiteren werden technische und inhaltliche Kompetenzen im Umgang mit dem PC und Internet im Studium vermittelt (Dateiverwaltung, Textverarbeitung, professionelle Internetrecherche, Präsentationstechniken etc.). Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Veranstaltung „Arbeitstechniken und Internetkompetenz“.	1.		150	5	jährlich
Arbeitstechniken und Internetkompetenz	Wissenschaftliches Arbeiten, Recherchetechniken sowie die Textanalyse und Aufarbeitung wissenschaftlicher Themen als Präsentation, professionelle Internetrecherche, Umgang mit gängiger Software (Tabellenkalkulation, Textverarbeitung, Präsentationssoftware)	1.	Teilnahme, Klausur (30-90 min) oder/und Hausarbeit, evtl. Referat oder/und sonstige schriftliche Leistungen	150	5	

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit- Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XIX – SF2 Fremdsprache</b>	Ein umfangreiches Englischangebot für Studierende ist inhaltlicher Bestandteil dieses Moduls. Die allgemeinen und fachsprachlichen Lehrveranstaltungen vermitteln spezifische Fremdsprachenkenntnisse. Dabei soll nicht nur der entsprechende Fachwortschatz erworben werden, sondern auch die Fähigkeit, sich in der Forschung oder in beruflichen Situationen in der Fremdsprache verständigen zu können. Die Modulnote ergibt sich aus den mit CP gewichteten Einzelnoten.	2./3.		300	10	Jährlich Voraussetzung für das Absolvieren der Veranstaltungen dieses Moduls ist der Nachweis über den mit mindestens 60 Punkten bestandenen C-Test. Für einzelne Veranstaltungen kann auch ein höheres Ergebnis des C-Tests Voraussetzung sein.
Englisch I (Office Skills)	Die Fähigkeit, im beruflichen Umfeld frei zu kommunizieren soll in diesem Studienabschnitt erworben werden.	2.	Teilnahme, Klausur (45-90 min) und/oder mündliche Prüfung, evtl. Referate und/oder sonstige schriftliche Leistungen	75	2,5	
Englisch II (Reading Skills)	Die Fähigkeit, wissenschaftliche Texte der beiden Anteldisziplinen sicher zu handhaben, soll in diesem Studienabschnitt erworben werden.	3.	Teilnahme, Klausur (45-90 min) und/oder mündliche Prüfung, evtl. Referate und/oder sonstige schriftliche Leistungen	75	2,5	
Englisch III (Presentation Skills)	Schwerpunkt dieses Kurses ist es, die freie Kommunikations- und Präsentationsfähigkeit in der englischen Sprache zu vertiefen.	5.	Teilnahme, Klausur (45-90 min) und/oder mündliche Prüfung, evtl. Referate und/oder sonstige schriftliche Leistungen	150	5	



Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XX– SF3 Statistik</b>	In diesem Modul sollen Einblicke in statistische Methoden gewonnen werden, um sie später an einem konkreten Datensatz selbstständig anzuwenden. Die Verfahren der Stichprobenziehung, Skalierungsverfahren sowie deskriptive Verfahren zur Auswertung stehen hier im Mittelpunkt.	1./2.		300	10	jährlich
Deskriptive Statistik (Statistik I)	Inhalte des Statistikkurses I sind die Theorie statistischer Fragen, Zugänge zur Statistik, grundlegende Begriffe der Statistik, uni- und bivariate Verteilungen, Lagemaße, Streuungsmaße, Konzentrationsmaße, nominale, ordinale und metrische Zusammenhangsmaße. Zudem wird die Interpretation von Statistikmaterial aus Presse und Wissenschaft sowie der Umgang mit Statistikprogrammen vermittelt.	1.	Teilnahme, Klausur (45-90 min); oder/und Hausarbeit; evtl. Referat oder/und sonstige schriftliche Leistungen	150	5	
Wahrscheinlichkeitsrechnung und schließende Statistik (Statistik II)	Im zweiten Teil der Lehrveranstaltung werden folgende Themen besprochen: Vertiefung der Inhalte von Statistik I, Umgang mit klassifizierten Daten, einfache und multiple lineare Regression, Wahrscheinlichkeitstheorie und –verteilungen, Schätz- und Testverfahren, Ausblick auf multivariate Konzepte. Neben der Vermittlung der Theorie statistischer Fragen werden auch die Interpretation von Statistikmaterial sowie der Umgang mit einem oder mehreren Statistikprogrammen vertieft.	2.	Teilnahme, Klausur (45-90 min); oder/und Hausarbeit; evtl. Referat oder/und sonstige schriftliche Leistungen	150	5	Der vorherige Besuch der Veranstaltung Statistik I wird dringend empfohlen

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XXI – SF4 Praktikum</b>	Die Studierenden sind verpflichtet, während des Studiums insgesamt 12 Wochen Praktika nach Vorgaben der Praktikumsordnung zu absolvieren. Eine Note wird in diesem Modul nicht vergeben.	2./4.		450	15	
Praktikum			Praktikum, Praktikumsberichte			

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XXII – SF5 Methoden wissenschaftlicher Forschung</b>	Ziel dieses Moduls ist es, das Verständnis für empirische Forschung zu vermitteln und sowohl qualitative wie auch quantitative Forschungsmethoden zu erlernen. Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Veranstaltung.	5./6.		150	5	in der Regel jährlich
Methoden der empirischen Sozialforschung (ab Sommersemester 2008: Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung)	In Methodenkursen werden Kompetenzen für die Beurteilung der Verwendung von qualitativen Methoden und der Datenauswertung vermittelt. Gegebenenfalls werden Zugänge zu einschlägigen Datenquellen aufgezeigt und Verfügbarkeit, Aufbau und praktischer Nutzen für die sozialwissenschaftliche Forschung dargestellt.	5.	Teilnahme, Klausur (45-90 min) oder/und Hausarbeit, evtl. Referat oder/und sonstige schriftliche Leistungen	150	5	

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XXIII – SF6 Bachelorarbeit</b>	Die Bachelorarbeit soll in thematischem Zusammenhang mit den selbst gewählten Schwerpunktthemen des Faches Wirtschaftswissenschaften und des Faches Rechtswissenschaft stehen. Die Studierenden sollen nachweisen, dass sie im Stande sind, eine Fragestellung des Faches selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Die Note dieses Modul ergibt sich aus der Note der Bachelorarbeit.	6.		300	10	unterschiedlich
Bachelorarbeit			Bachelorarbeit	300	10	

Module/untergeordnete Fächer	Lernziele/Lehrinhalte	Sem.	Leistungsnachweise	Workload (in Zeit-Stunden)	CP	Turnus, besondere Anforderungen
<b>XXIV – SF7 Integrationsmodul</b>	Arbeiten des Selbststudiums umfassen die Anfertigung einer Studienarbeit im Zeitraum von in der Regel drei Wochen unter Betreuung eines Lehrenden. Das Thema dieser Studienarbeit ist so zu wählen, dass es einen Bereich abdeckt, welcher aus wirtschafts- und rechtswissenschaftlicher Perspektive erarbeitet und analysiert werden kann. In einem verpflichtenden Kolloquium zu Anfang des Semesters werden dazu von den Lehrenden Anregungen gegeben. Die Modulnote ergibt sich aus der Note des Integrationsseminars.	5.		150	5	jährlich
Integrationsseminar Economics and Law			Teilnahme, Klausur (45-90 min) oder/und Hausarbeit, evtl. Referat oder/und sonstige schriftliche Leistung	150	5	

## Anhang II

### Praktikumsordnung Bachelorstudiengang Economics and Law der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

#### § 1 Allgemeines

- (1) Im Bachelorstudiengang Economics and Law sind die Studierenden verpflichtet, praktische Studienzeit im Umfang von insgesamt 12 Wochen zu absolvieren. Diese können auf mehrere Zeitabschnitte (Praktika) verteilt werden, die jeweils mindestens vier Wochen umfassen müssen.
- (2) Diese Praktikumsordnung gilt für alle Studierenden des B.Sc.-Studiengangs Economics and Law und regelt in Ergänzung der Prüfungsordnung das Verfahren und gibt Richtlinien für die Inhalte des Praktikums. Darüber hinaus dient sie als Information für die Einrichtungen, in denen Praktika durchgeführt werden.
- (3) Eine höchstens zwei Jahre vor dem Studium abgeschlossene studienrelevante Berufsausbildung, eine im Zeitraum von zwei Jahren vor Beginn des Studiums ausgeübte entsprechende qualifizierte Berufstätigkeit oder ein in dieser Zeit abgeleistetes Praktikum kann für ein maximal vierwöchiges Pflichtpraktikum vom Prüfungsausschuss angerechnet werden. Ein Ausbildungs-, Arbeits- oder Praktikumszeugnis sowie ein Bericht über die Ausbildung, Tätigkeit bzw. das Praktikum müssen dafür nach Vorgaben von § 5 von der Studentin/dem Studenten eingereicht werden.

#### § 2 Rechtsverhältnis

- (1) Das berufsfeldbezogene Praktikum ist in der Regel ein befristetes Rechtsverhältnis zwischen den Studierenden und einer Einrichtung mit dem Ziel, berufspraktische Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln. Die Art der Beschäftigung muss dem Ziel des Studiums (§ 3 dieser Praktikumsordnung) entsprechen. Das Beschäftigungsverhältnis während des Praktikums soll in der Regel durch einen Praktikumsvertrag begründet werden. Der Praktikantin oder dem Praktikanten soll vom Praktikumssträger ein qualifiziertes Zeugnis ausgestellt werden.
- (2) Im Praktikumsvertrag sollen die Rechte und Pflichten der Praktikantinnen oder Praktikanten und des Praktikumssträgers festgelegt sein.
- (3) Die Praktikantinnen und Praktikanten haben keinen Rechtsanspruch auf Gewährung einer Vergütung. Eine von der Einrichtung geleistete Vergütung ist als Aufwandsentschädigung zu verstehen.

#### § 3 Ziele und inhaltliche Gestaltung der Praktika

- (1) Mit der Durchführung der Praktika soll der Austausch zwischen universitärer Ausbildung und beruflicher Praxis intensiviert werden. Für die Studierenden ist dieser Austausch mit folgenden Zielen verbunden:

- Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die jeweils gewählten Berufsfelder kennenzulernen und durch die Einbindung in konkrete Arbeitsprozesse berufliche Erfahrungen zu gewinnen.
- Die Arbeit in einem Berufsfeld soll ermöglichen, die im Studium erworbenen Kenntnisse der Theorie und Empirie in der Praxis anzuwenden, fehlende Wissensbereiche zu erkennen und Anregungen für die weitere Studiengestaltung und ggf. für die Themenstellung der Bachelorarbeit zu erhalten.
- Damit verbunden soll das Praktikum den Studierenden helfen, Aufschlüsse darüber zu gewinnen, ob die Orientierung auf ein Berufsfeld tatsächlich den Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften entgegenkommt.

(2) Den an der Durchführung des zu Grunde liegenden Bachelorstudiengangs beteiligten Fächern sollen über die Auswertung der durchgeführten Praktika Rückschlüsse für die inhaltliche Entwicklung des Studiengangs ermöglicht werden.

(3) Die Studierenden sollen während ihres Praktikums entweder in das laufende Tagesgeschäft des Praktikumssträgers eingebunden werden oder im Rahmen einer oder mehrerer Projektaufgaben für den Aufgabenbereich typische, aber über das Tagesgeschäft hinausgehende, Aufgaben bearbeiten. Praktika, in denen überwiegend hospitiert werden soll, können daher nur in begründeten Ausnahmefällen anerkannt werden.

#### **§ 4 Einsatzbereiche, Dauer und Durchführungsart der Praktika**

(1) Als Einsatzbereiche für ein Praktikum werden Berufsfelder anerkannt, für die der Studiengang qualifiziert. Die Anerkennung erfolgt über den Prüfungsausschuss. Es wird den Studierenden dringend geraten, vorab die Anerkennung eines geplanten Praktikums zu klären.

(2) Das Praktikum sollte als Blockpraktikum abgeleistet werden. Es hat eine Dauer von mindestens zwölf Wochen (ca. 450 Arbeitsstunden). Diese können auf mehrere Zeitschnitte (Praktika) verteilt werden, die jeweils mindestens vier Wochen umfassen müssen. Besondere inhaltliche oder organisatorische Gründe, z.B. Projektaufgaben oder journalistische Tätigkeiten, können zu einer Abweichung von dieser Regel führen, so dass der Arbeitseinsatz nur an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Tageszeiten erfolgt. In diesen Fällen muss sichergestellt sein, dass das Gesamtvolumen des Praktikums dem o.g. zeitlichen Rahmen entspricht.

(3) Wenn im Einzelfall besondere Einsatzbereiche/-zeiten möglich bzw. erforderlich sind, muss vor Abschluss des Praktikumsvertrags eine schriftliche Anerkennung durch den Prüfungsausschuss erfolgen, damit sichergestellt ist, dass das Praktikum als Pflichtpraktikum im Sinne dieser Praktikumsordnung anerkannt werden kann.

#### **§ 5 Praktikumsbericht**

(1) Zu jedem der absolvierten Praktika ist ein separater Praktikumsbericht anzufertigen. Dieser ist ein eigenständig verfasster Erfahrungsbericht mit einem Umfang von mindestens 3.000 Wörtern (ca. 10 Seiten) zuzüglich Titel, Verzeichnissen etc. bei Praktika von 4 bis 8 Wochen und von mindestens 4.500 Wörtern (ca. 15 Seiten) zuzüglich Titel, Ver-

zeichnungen etc. bei Praktika zwischen 9 und 12 Wochen. Der Bericht soll Informationen zu den folgenden Aspekten des Praktikums enthalten:

- Beschreibung der Institution, die den Praktikumsplatz gestellt hat (Branche, Rechtsform, Größe).
- Beschreibung des konkreten Einsatzbereiches (Aufgabenbereich, organisatorische Einbindung des Einsatzbereiches in die Institution).
- Personelle Ausstattung des Einsatzbereiches, Art der Betreuung während des Praktikums, Zeitpunkt und Dauer des Praktikums, Perspektiven hinsichtlich einer Anschlussbeschäftigung.
- Beschreibung der ausgeübten Tätigkeiten und Reflexion über den Stellenwert der universitären Ausbildungsinhalte in dem jeweiligen Kontext sowie
- Anregungen für die Entwicklung der universitären Ausbildungsinhalte.
- Der Bericht kann, wenn die Umstände des Praktikums dies rechtfertigen, auch in Form einer Gruppenarbeit erstellt werden, wenn die Anteile der Beiträge der einzelnen Autorinnen und Autoren objektiv voneinander abgegrenzt werden können.
- Für die inhaltliche und formale Gestaltung des Berichts gelten die Standards schriftlicher wissenschaftlicher Arbeiten, insbesondere die Anforderungen bezüglich Quellenangaben und Zitation. Der Praktikumsbericht wird in zwei Exemplaren abgegeben. Auf dem Deckblatt müssen die folgenden Angaben gemacht werden: Name der Praktikantin oder des Praktikanten, Bezeichnung des Praktikums, die Praktikumsinstitution, der Praktikumszeitraum, die Mentorin oder der Mentor in der Praktikumsinstitution sowie der Abgabetermin des Praktikumsberichts. Ein qualifiziertes Zeugnis der Praktikumsinstitution über das abgeleistete Praktikum ist dem Bericht beizulegen.

(2) Der Praktikumsbericht ist spätestens vier Wochen nach Praktikumsbeendigung im Prüfungsamt der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einzureichen. Wenn er bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorliegt, wird das Praktikum nicht anerkannt und muss wiederholt werden. Eine Wiederholung des Berichtes oder des gesamten Praktikums kann notwendig werden, wenn der Bericht nicht den oben beschriebenen Anforderungen entspricht. Die Entscheidung darüber trifft der Prüfungsausschuss.

(3) Das Praktikum inklusive Praktikumsbericht wird mit 15 CP angerechnet.



### Anhang III Umrechnungstabelle gem. § 17 Abs. 3

Note gemäß Juristenausbildungsgesetz NRW	Note gemäß Bachelorprüfungsordnung
18 Punkte (sehr gut)	1,0 (sehr gut)
17 Punkte (sehr gut)	1,0 (sehr gut)
16 Punkte (sehr gut)	1,0 (sehr gut)
15 Punkte (gut)	1,3 (sehr gut)
14 Punkte (gut)	1,3 (sehr gut)
13 Punkte (gut)	1,7 (gut)
12 Punkte (vollbefriedigend)	2,0 (gut)
11 Punkte (vollbefriedigend)	2,0 (gut)
10 Punkte (vollbefriedigend)	2,3 (gut)
9 Punkte (befriedigend)	2,7 (befriedigend)
8 Punkte (befriedigend)	3,0 (befriedigend)
7 Punkte (befriedigend)	3,0 (befriedigend)
6 Punkte (ausreichend)	3,3 (befriedigend)
5 Punkte (ausreichend)	3,7 (ausreichend)
4 Punkte (ausreichend)	4,0 (ausreichend)
3 Punkte (mangelhaft)	5,0 (nicht bestanden)
2 Punkte (mangelhaft)	5,0 (nicht bestanden)
1 Punkt (mangelhaft)	5,0 (nicht bestanden)
0 Punkte (ungenügend)	5,0 (nicht bestanden)

## Ordnung für die Zugangsprüfung

zu den Studiengängen Politik und Wirtschaft; Politik und Recht; Economics and Law  
mit dem Abschluss Bachelor of Arts bzw. Bachelor of Science

an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vom 09.03.2009

**§ 1****Zweck der Zugangsprüfung**

Durch die Prüfung wird festgestellt, dass die Bewerberin/der Bewerber die fachlichen und methodischen Voraussetzungen zum Studium in einem der Studiengänge Politik und Wirtschaft bzw. Politik und Recht bzw. Economics and Law an der Westfälischen Wilhelms-Universität erfüllt. Die bestandene Zugangsprüfung berechtigt nur zur Bewerbung um einen Studienplatz in dem entsprechenden Studiengang an der Westfälischen Wilhelms-Universität.

**§ 2****Zulassungsvoraussetzungen**

- (1) Zur Prüfung hat Zugang, wer
1. das 22. Lebensjahr vollendet,
  2. eine Berufsausbildung abgeschlossen und
  3. eine mindestens dreijährige berufliche Tätigkeit ausgeübt hat.

Die selbstständige Führung eines Familienhaushalts mit mindestens einer erziehungs- oder pflegebedürftigen Person ist anderen Berufstätigkeiten gleichgestellt.

- (2) Eine Berufsausbildung gemäß Absatz 1 wird nachgewiesen durch
1. das Zeugnis der Abschlussprüfung in einem nach dem Berufsausbildungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten oder als gleichwertig geregelten Ausbildungsberuf,
  2. das Zeugnis der Abschlussprüfung einer entsprechenden Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder
  3. das Zeugnis der staatlichen Abschlussprüfung einer schulischen Berufsausbildung, die durch Landesrecht geregelt ist, oder
  4. das Zeugnis der staatlichen Abschlussprüfung einer Ausbildung nach den Bundesberufsgesetzen für die nichtärztlichen Heilberufe.

**§ 3****Prüfungsausschuss**

Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist der Gemeinsame Prüfungsausschuss für die Studiengänge Politik und Wirtschaft; Economics and Law; Politik und Recht zuständig. Die Zusammensetzung, Befugnisse und Verfahren dieses Gremiums werden in den Prüfungsordnungen der betreffenden Bachelorstudiengänge geregelt.

**§ 4****Bewerbung und Zulassung**

Die Bewerbung ist unter Angabe des Studiengangs schriftlich an den Gemeinsamen Prüfungsausschuss für die Studiengänge Politik und Wirtschaft; Economics and Law; Politik und Recht zu richten.

- (1) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss.

- (2) Die Zulassung zur Prüfung ist abzulehnen, wenn die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 1 nicht erfüllt sind oder die Nachweise gemäß § 2 Abs. 2 nicht vorgelegt wurden.
- (3) Über die Ablehnung der Zulassung erhält die Bewerberin/der Bewerber einen schriftlichen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

## **§ 5**

### **Prüferinnen/Prüfer, Beisitzerinnen/Beisitzer**

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen/Prüfer und die Beisitzerinnen/Beisitzer. Er kann die Bestellung der/dem Vorsitzenden übertragen. Zur Prüferin/zum Prüfer dürfen nur Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer, Privatdozentinnen/Privatdozenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter bestellt werden. Zur Beisitzerin/zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer in dem Studiengang, zu dem der Zugang angestrebt wird oder in einem vergleichbaren Studiengang, eine Bachelorprüfung oder eine gleich- oder höherwertige Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt hat.

## **§ 6**

### **Prüfungsleistungen**

- (1) Die Zugangsprüfung wird in Form einer Klausur von 90 Minuten Dauer erbracht. Die Prüferinnen/Prüfer können ganz oder in Kombination andere gleichwertige kontrollierte Leistungen unter Klausurbedingungen verlangen, die die technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung nutzen. Eine Abweichung von der Klausurdauer bei Nutzung der technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung um bis zu 50% ist möglich. Bei weniger als 20 Bewerberinnen/Bewerbern pro Semester besteht die Möglichkeit, die Klausur durch eine mündliche Prüfung von 45 bis 60 Minuten Dauer je Prüfling zu ersetzen.
- (2) In der Zugangsprüfung soll die Bewerberin/der Bewerber nachweisen, dass sie/er in begrenzter Zeit mit begrenzten Hilfsmitteln über ein hinreichend breites, mit dem Abitur vergleichbares Grundwissen verfügt. Gegenstand der Prüfung ist Allgemeinwissen mit Bezug zu dem angestrebten Studiengang.
- (2) Macht eine Bewerberin/ein Bewerber glaubhaft, dass sie bzw. er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der vorgeschriebenen Zeit abzulegen, so muss die/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Bearbeitungszeit für die Prüfungsleistungen entsprechend verlängern bzw. gleichwertige Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form gestatten. Zur Glaubhaftmachung einer chronischen Krankheit oder Behinderung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden. Hierzu zählen insbesondere ärztliche Atteste oder, falls vorhanden, Behindertenausweise.

## § 7

### Bewertung von Prüfungsleistungen, Bildung von Noten und Bestehen der Zugangsprüfung

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen/Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung sind folgenden Noten zu verwenden:

1,0 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung
2,0 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3,0 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4,0 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5,0 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 können für die Bewertung der Prüfungsleistungen Zwischenwerte gebildet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) Jede schriftliche Prüfungsleistung ist von zwei Prüferinnen/Prüfern gemäß § 5 zu bewerten. Im Falle divergierender Bewertungen errechnet sich die Note in entsprechender Anwendung von Absatz 5.
- (3) Mündliche Prüfungen werden als Einzelprüfungen oder als Prüfungen in Gruppen vor zwei Prüferinnen/Prüfern in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers abgenommen. Im Falle divergierender Bewertungen errechnet sich die Note in entsprechender Anwendung von Absatz 5. Vor der Festsetzung der Note ist die Beisitzerin/der Beisitzer zu hören. Die Beisitzerin/der Beisitzer führt das Protokoll. Im Protokoll sind die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung festzuhalten. Das Protokoll ist von den Prüfern und von der Beisitzerin/vom Beisitzer zu unterzeichnen und verbleibt bei den Prüfungsakten.
- (4) Die Zugangsprüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend (4,0)“ ist.
- (5) Bei divergierenden Bewertungen errechnet sich die Gesamtnote der Zugangsprüfung aus dem arithmetischen Mittel der Bewertungen der beiden Prüferinnen/Prüfer.  
Die Gesamtnote der bestandenen Zugangsprüfung lautet:
- |   |                |
|---|----------------|
| Bei einem Durchschnitt bis 1,5              | - sehr gut     |
| Bei einem Durchschnitt zwischen 1,5 und 2,5 | - gut          |
| Bei einem Durchschnitt zwischen 2,5 und 3,5 | - befriedigend |
| Bei einem Durchschnitt zwischen 3,5 und 4,0 | - ausreichend. |

Bei der Bildung der Gesamtnote wird die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

## **§ 8**

### **Zeugnis**

- (1) Über die bestandene Zugangsprüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt, das die Prüfungsleistung und die Gesamtnote enthält. Das Zeugnis ist von der/von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (2) Ist die Zugangsprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so erteilt die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

## **§ 9**

### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend (5,0)“ bewertet, wenn die Kandidatin/der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht bis zum Ablauf der vorgeschriebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Versucht die Kandidatin/der Kandidat, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt diese Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend (5,0)“ bewertet. Die Feststellung wird von der jeweiligen prüfenden oder Aufsicht führenden Person getroffen und aktenkundig gemacht. Eine Kandidatin/ein Kandidat, die/der den ordnungsmäßigen Ablauf einer Prüfung stört, kann durch die jeweilige prüfende oder Aufsicht führende Person von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. Die betreffende Prüfungsleistung gilt in diesem Falle als mit „nicht ausreichend (5,0)“ bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin/den Kandidaten von der Wiederholung der Zugangsprüfung ausschließen.
- (3) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses nach den Absätzen 1 bis 2 sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## **§ 10**

### **Ungültigkeit der Zugangsprüfung**

- (1) Hat die Kandidatin/der Kandidat bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die gesamte Zugangsprüfung für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Zugangsprüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird

dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin/der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

- (3) Der Kandidatin/dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Das zu Unrecht ausgestellte Zeugnis wird eingezogen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach dem Datum des zu Unrecht ausgestellten Zeugnisses ausgeschlossen.

### § 11

#### Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Zeugnisses oder dem Bescheid über das Nichtbestehen der Prüfung ist dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine Prüfungsakten zu gewähren. Das Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen ist zu beachten.

### § 12

#### Inkrafttreten

Die Zugangsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft. Sie gilt für alle Zugangsprüfungen, die ab Beginn des Sommersemesters 2008 durchgeführt werden.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse der Fachbereichsräte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und des Fachbereichs 06 - Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften vom 28.10.2008 und 21.11.2008.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie die Bekanntmachung von Satzungen vom 08. Februar 1991 (AB Uni 91/1), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

**Ordnung  
über das Auslaufen  
des Diplomstudiengangs  
Erziehungswissenschaft  
Vom 09.03.2009**

Aufgrund des § 64 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 1. Januar 2007 (GV.NRW.474) in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich und zur Umsetzung der Studienstrukturreform (Studienstrukturreform VO) in der Fassung vom 28.10.2007 (GV.NRW.477) hat die Westfälische Wilhelms-Universität die folgende Ordnung erlassen:

**§ 1**

**Regelungen zum Auslaufen des Diplomstudiengangs Erziehungswissenschaft**

- (1) Der Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft wird mit Wirkung zum 30.09.2015 aufgehoben.
- (2) Der Antrag auf erstmalige Zulassung zur Diplom-Vorprüfung kann letztmals am 30.09.2011 gestellt werden.
- (3) Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums werden bis einschließlich WS 2014/15 angeboten.
- (4) Der Antrag auf erstmalige Zulassung zur Diplomprüfung kann letztmals am 23.12.2014 gestellt werden. Eine Prüfungsleistung kann letztmalige bis zum 31.07.2015 abgelegt werden.

**§ 2**

**In-Kraft-Treten**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats des Fachbereichs Erziehungswissenschaften und Sozialwissenschaften vom 14.01.2009.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie den Bekanntmachungen von Satzungen vom 08. Februar 1991 (AB Uni 91/01), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/04), hiermit verkündet.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles



**Erste Ordnung zur Änderung der Zugangs- und Zulassungsordnung  
für den Studiengang Philosophie  
mit dem Abschluss Master of Arts  
an der Westfälischen Wilhelms-Universität**

vom 09.03.2009

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG -) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31.10.2006 (GV NW S. 474) hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

§ 4 Abs. 1 der Zugangs- und Zulassungsordnung erhält folgende neue Fassung:

**§ 4**

**Termine, Fristen und Unterlagen**

(1) Das Zulassungs- und Auswahlverfahren findet jeweils vor Beginn der Vorlesungszeit des Wintersemesters statt. Einmalig findet auch vor Beginn des Sommersemesters 2009 ein Zulassungs- und Auswahlverfahren statt. Der Antrag auf Zulassung ist beim Studierendensekretariat der Westfälischen Wilhelms-Universität zu stellen. Die Frist zur Stellung des Antrags richtet sich nach der Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen in Nordrhein-Westfalen (VergabeVO NRW) und der Satzung zur Regelung zulassungsrechtlicher Fragen in der Westfälischen Wilhelms-Universität. Die Bewerberin/der Bewerber muss folgende Bewerbungsunterlagen einreichen:

1. Nachweis der Allgemeinen oder einer einschlägig fachgebundenen Hochschulzugangsberechtigung.
2. Nachweise über das Vorliegen eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses gem. § 3 Abs. 1. Liegt zum Zeitpunkt der Bewerbung noch kein Abschlusszeugnis gem. § 3 Abs. 1 vor, so muss ein vorläufiges Zeugnis eingereicht werden, in das mindestens die Noten der ersten fünf Semester (entsprechend mindestens 110 ECTS-Kreditpunkten) eingegangen sind. Das Abschlusszeugnis gem. § 3 Abs. 1 ist im Falle der Zulassung bei der Einschreibung vorzulegen.
3. Nachweise über ausreichende Sprachkenntnisse gemäß § 3 Abs. 2

4. Lebenslauf
5. Nachweis über erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen (z.B. Transcript of Records)
6. Motivationsschreiben
7. eine längere schriftliche Arbeit (z.B. die Bachelorarbeit oder eine schriftliche Hausarbeit)

## Artikel II

Diese Änderungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität (AB Uni) in Kraft.

---

Ausgefertigt aufgrund des im Rahmen seiner Eilkompetenz handelnden Beschlusses des Dekans des Fachbereichs 08 –Geschichte und Philosophie- vom 24.02.2009.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

---

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie die Bekanntmachung von Satzungen vom 08. Februar 1991 (AB Uni 91/1), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 09.03.2009

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles